

Stenographisches Protokoll.

117. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

IV. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 14. Februar 1933.

Tagesordnung.

1. Übereinkommen über einzelne Staatsschuldenfragen (B. 496).

2. Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Förderung der österreichischen Ausfuhr nach der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (B. 497).

3. Bundesfinanzgesetz und Bundesvoranschlag für das Jahr 1933 (B. 471).

Inhalt.

Zuschrift des Bundesministers für Finanzen: Vorlage des den Rechnungsabluß für das Geschäftsjahr 1. September 1931 bis 31. August 1932 enthaltenden Berichtes der Österreichischen Spirituszentrale — Finanz- und Budgetausschuß (3017).

Regierungsvorlage: Kreditermächtigungsgesetz 1933 (3017).

Verhandlungen: 1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 473): Übereinkommen über einzelne Staatsschuldenfragen (B. 496) — Berichterstatter Dr. Hryntschak (3017) — Annahme des Ausschußantrages (3017);

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 482), betr. die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Förderung der österreichischen Ausfuhr nach der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (B. 497) — Berichterstatter Heisl (3017 u. 3019), Stein (3018) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (3019);

3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 439), betr. das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1933 (B. 471) — Generaldebatte — Generalberichterstatter Heisl (3020), Dr. Koref (3021), Streeruwitz (3028).

Tagesordnung: Antrag Seber auf Vornahme der 1. Lesung der Regierungsvorlage B. 487 (3038).

Verteilt wurden:

Berichte des Finanz- und Budgetausschusses B. 471, 496 und 497.

Präsident Dr. **Renner** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 9. Februar als genehmigt.

Der Bundesminister für Finanzen legt auf Grund des Artikels I, § 6, Absatz 2, des Spiritusgesetzes 1926, B. G. Bl. Nr. 287, den den Rechnungsabluß für das Geschäftsjahr 1. September 1931 bis 31. August 1932 enthaltenden Bericht der Österreichischen Spirituszentrale dem Nationalrat vor. Dieser Rechnungsabluß wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Eingelangt ist eine Regierungsvorlage, betr. die Aufnahme der in den Protokollen von Genf vom 15. Juli 1932 vorgesehenen Auslandsanleihe (Kreditermächtigungsgesetz 1933) (B. 498).

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 473): Übereinkommen über einzelne Staatsschuldenfragen (B. 496).

Berichterstatter Dr. **Hryntschak:** Hohes Haus! Zwischen der Republik Österreich und dem Königreiche Ungarn ist ein Schiedsgerichtsverfahren anhängig, welches eine ganze Reihe staatsfinanzieller Fragen beinhaltet. Insbesondere handelt es sich hier um die Regelung der Staatsschulden und die Kriegaanleihefrage der österreichisch-ungarischen Monarchie. Im Zuge dieses schiedsgerichtlichen Verfahrens ist nun eine Reihe von Staatsschuldenfragen durch ein gütliches Übereinkommen in der Weise geregelt worden, daß die beiderseitigen Ansprüche durch gegenseitigen Verzicht bereinigt wurden.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 10. Februar mit diesem Übereinkommen befaßt und stellt den Antrag (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Übereinkommen über einzelne Staatsschuldenfragen (B. 473) wird die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.“

Ich bitte, diesem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 482): Bundesgesetz, womit einige Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 16. März 1927, B. G. Bl. Nr. 98, über die Förderung der österreichischen Ausfuhr nach der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (in der Fassung des Bundesgesetzes vom 29. April 1931, B. G. Bl. Nr. 139) abgeändert werden (B. 497).

Berichterstatter **Heisl:** Hohes Haus! Im Rußlandgeschäft hat sich seit einigen Monaten dadurch eine neue Situation ergeben, daß der russische Vertragsteil grundsätzlich — anstatt wie bisher mit dreimonatlich tournierbaren Wechseln — nur mehr mit Endwechseln bezahlt, die in der Regel erst nach 21 Wochen fällig werden.

Es haben darüber seitens der zuständigen Stellen langwierige Verhandlungen stattgefunden, es konnte aber mit dem Besteller keine Änderung der Vertragsbestimmungen erreicht werden, weil alle übrigen Staaten, die mit Rußland in geschäftlicher Verbindung sind, diese Bedingungen akzeptiert haben. Es war daher notwendig, dafür Vorkehrung zu treffen, daß dieses Kreditgeschäft durchgeführt wird. Der Erfolg der Verhandlungen mit den zuständigen Stellen hat nun den vorliegenden Gesetzentwurf ergeben.

Ich erlaube mir, den Antrag zu stellen, das hohe Haus möge dieses Bundesgesetz mit den von mir im Ausschuss beantragten Änderungen zum Beschluß erheben.

Stein: Hohes Haus! Ich habe im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion des Hauses die Erklärung abzugeben, daß wir für diese Vorlage stimmen werden. Trotzdem aber müssen wir einige ergänzende Bemerkungen zu dieser Vorlage machen, vor allem schon, um der geschichtlichen Wahrheit zu entsprechen.

Diese Vorlage ist nicht zuletzt ein Erfolg der Gewerkschaftsorganisation der österreichischen Metallarbeiter, welche seit Monaten, ja seit Jahren bemüht war, durch Vorgesprächen bei den verschiedensten Stellen den Abschluß eines Vertrages mit der Sowjetrepublik zu erwirken. Daß diese Vorlage gekommen ist, daß die ganze Diskussion des Rußlandgeschäftes in Fluß geblieben ist, das ist — das müssen wir auch hier feststellen — ein Verdienst der zwei Handelsgesellschaften, der Russen und der Ratao, welche im Einverständnis mit der Arbeiterbank bemüht waren, das Geschäft zwischen Österreich und Rußland lebendig zu erhalten.

Diese Vorlage bedeutet unleugbar einen gewissen Fortschritt, indem sie ein sehr ernstes Hindernis, das dem Abschluß dieser Geschäfte entgegenstand, aus dem Wege räumt. Dennoch bleiben noch zwei sehr wichtige Fragen offen, vor allem die Frage der Finanzierungs-gesellschaft Defog. Bis zum heutigen Tage ist die Konstituierung, von der der Bericht sagt, er erwarte, daß sie vor der Verhandlung im Hause oder zumindest vor den Verhandlungen der Landtage stattgefunden haben wird, noch immer nicht erfolgt, und bin ich richtig unterrichtet, dann haben sich in den letzten Tagen wieder neue Schwierigkeiten seitens der österreichischen Banken ergeben, die mich veranlassen müssen, auch an dieser Stelle gegen diese, sagen wir höflich, dilatorische Behandlung der für Österreich so außerordentlich wichtigen Angelegenheit Einspruch zu erheben.

Das zweite ist, daß der Handelsvertrag, der eigentlich die Krönung des Ganzen darstellen soll, noch immer nicht abgeschlossen ist. Wir klagen auch da die Regierung an, daß sie nicht alles unternommen hat, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die auch von russischer Seite — was von uns nie geleugnet wurde — gemacht werden. Aber es scheint, als ob die Methode der Verhandlungen über diesen Vertrag doch nicht ganz

die entsprechende wäre. Vielleicht hat es den Instanzen, die auf russischer Seite berufen waren, die Verhandlungen zu führen, an Vollmachten gemangelt, vielleicht waren diese nicht ausgiebig genug, und man müßte daher, wenn man die Notwendigkeit des Rußlandgeschäftes einsieht — und es heißt ja hier in den Erläuterungen, die die Regierung uns unterbreitet, daß man auch in Regierungskreisen diese Notwendigkeit anerkennt —, andere Methoden suchen und finden. Vielleicht wäre eine Verhandlung am Sitze der Leitung der russischen Besteller zweckmäßiger. Wir haben ja in Österreich Männer, deren Name draußen einen guten Klang hat; vielleicht können sie mit wirklicher Aussicht auf Erfolg in diese Verhandlungen eintreten. Bisher haben wir schon außerordentlich viel versäumt. Wir müssen also raschestens ans Werk gehen.

Ich möchte nicht weit ausschweifige Darlegungen machen, ich möchte nur daran erinnern, daß der Abschluß des Vertrages vor allem an dem Einspruch der agrarischen Kreise scheiterte. Die Russen haben eine ganze Liste von Waren aufgestellt, deren Lieferung nach Österreich für sie zweckmäßig ist, und neben einer Reihe von Industrieprodukten und Rohstoffen sind es natürlich auch agrarische Produkte, deren Kontingentierung auf agrarischer Seite auf Schwierigkeiten stößt. Vielleicht haben wir auch da die Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß es in diesem Lande auch Arbeiter und Angestellte gibt, daß es hier auch Industrieunternehmungen gibt, die Berücksichtigung verdienen und finden müssen. Wenn man Gelegenheit hat, wie ich sie in den letzten Wochen hatte, die Fabriken, die mit dieser Produktion für das Russengeschäft beschäftigt sind, zu besuchen, und wenn man dort Hallen sieht, in denen zum Beispiel 146 kleine Maschinen aufgestellt sind, während in der ganzen Halle bloß 26 arbeitende Menschen zugegen sind, dann findet man, daß diese Entvölkerung wirklich schon entsetzlich ist und daß alles dagegen unternommen werden müßte und auch die geringste Kleinigkeit beachtet werden muß, die zu einer Belebung der Industrie führen kann. Und daß das Russengeschäft wirklich eine große Bedeutung haben kann, ersehen wir ja schon aus der Tatsache, daß im Jahre 1932, also in einer Zeit, wo das Geschäft schon sehr schwankend geworden ist, Fertigwaren aus Österreich nach Rußland im Werte von 8.978.000 S exportiert wurden. Man braucht sich nur die Lohnquote zu berechnen, die in dieser Summe steckt, um zu finden, wie vielen Arbeitern auf diese Art Beschäftigungsmöglichkeit gegeben wurde. Dazu kommt noch, daß ja das Verhältnis der Ein- und der Ausfuhr zur Sowjetrepublik für Österreich eigentlich fast noch günstiger ist als in einer Reihe von anderen Ländern. Wenn man nur die Ausfuhr des Jahres 1932 in Betracht zieht, sieht man, daß im ersten Quartal die Ausfuhr österreichischer Waren nach Rußland 115,9 Prozent der Einfuhr betragen hat. Im ersten Quartal, ja man kann sagen bis zum April, war die Ausfuhr immer noch gleich

der Einfuhr, und erst als die Russen wahrgenommen haben, daß die ganzen Vertragsverhandlungen auf irgendein falsches Geleise gekommen sind oder überhaupt eingestellt erscheinen, sehen wir ein Zusammenschrumpfen des österreichischen Exportes, und das in einer Zeit, in der die ganze übrige, auch kapitalistische und, wenn Sie wollen, antimarginalistische Welt auf das Russengeschäft steigenden Wert gelegt hat. Darf ich noch daran erinnern, daß Deutschland in den ersten sechs Wochen des heurigen Jahres, also bis in die letzten Tage hinein, Aufträge im Betrage von 75 Millionen Mark übernommen hat und daß im ganzen vergangenen Jahre Aufträge von 452 Millionen Mark an Deutschland überwiesen wurden, während bei uns in Österreich in dieser Hinsicht nichts geschieht? Darf ich daran erinnern, daß im Parlament der Tschechoslowakischen Republik, die ja Rußland bekanntlich sehr wenig freundlich gegenübersteht, in einer der letzten Sitzungen von Abgeordneten der deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, also von einer bürgerlichen Gruppe, schwere Klagen darüber angestimmt wurden, daß von seiten der Tschechoslowakischen Republik gar nichts getan wird, um eine Annäherung an Rußland zu finden, und daß man das wertvolle Geschäft auf diese Art in andere Gebiete ablenken läßt? Und in den allerletzten Tagen haben wir doch gelesen, daß der nordamerikanische Senator Borah einen Aufruf erlassen hat, in dem er alle kapitalistischen Staaten aufruft, sie mögen doch endlich ihr handelspolitisches Verhältnis zur Sowjetrepublik ändern und einer Revision unterziehen, sie mögen sie anerkennen und mit ihr in ein Vertragsverhältnis treten, weil das Land ja doch ein Land stark anwachsender Konsumtion der Industrieprodukte wird und werden kann.

Unter solchen Umständen muß es doch wirklich auf allen Seiten dieses Hauses und draußen in der Öffentlichkeit allgemeines Staunen erwecken, daß wir in dieser Frage so absolut nicht vorwärtskommen können. Ich wiederhole, ich will nicht ungerecht werden und will nicht übersehen, daß auch auf seiten der russischen Unterhändler eine Reihe von Schwierigkeiten gemacht worden sind. Aber wir sind doch in der Notlage, in der Zwangslage, Geschäfte suchen zu müssen, Geschäfte abschließen zu müssen. Wir müssen also alles unternehmen, um derartige Hindernisse aus dem Wege zu schaffen. Und sehen wir in den letzten Tagen, daß da wieder Schwierigkeiten von seiten der Banken gemacht werden, dann müssen wir, hohes Haus, begreifen, daß wir nur mit einiger Besorgnis der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen.

Nun kommt aber noch ein anderer Umstand in Betracht. In der Vorlage heißt es, daß dieses Gesetz für den Bereich eines jeden Bundeslandes wirksam wird, sobald dieses Bundesland ein der Bestimmung des Artikels 1 Rechnung tragendes Landesgesetz beschlossen hat. Ich weiß, daß das Bundesland Wien, in dessen Bereich sich die wichtigsten Industrieunter-

nehmungen befinden, die mit Rußland in Verkehr treten können, einen solchen Beschluß gefaßt hat, und ich kann mitteilen, daß die Landesregierung von Wien in Anbetracht dieser Vorlage auch schon den Auftrag gegeben hat, eine Änderung des Landesgesetzes vorzubereiten und in einer der nächsten Sitzungen des Landtages von Wien der Behandlung zuzuführen. Darf ich an dieser Stelle an die Regierung das Ersuchen richten, sie möge doch ihren Einfluß dahin geltend machen, daß auch alle übrigen Bundesländer denselben Beschluß fassen, damit auch draußen, wo die Möglichkeiten wohl geringer sind, doch der Abschluß von Geschäften mit Rußland ermöglicht werde. Es ist eines der wichtigsten Probleme der Wirtschaftspolitik, daß wir uns diesen Abnehmer unserer Industrieprodukte etwas näherbringen. In einer Zeit, da man von Arbeitsbeschaffung aller Art spricht, scheint uns, daß eine solche aktive Konjunkturpolitik, eine solche Politik des Erweckens und Aufrechterhaltens des Geschäftes mit Rußland schon sehr zweckdienlich wäre, um wirklich Arbeitsgelegenheiten im Lande zu schaffen. Aus diesem Grunde, weil wir von dieser Beseitigung schwerer Hindernisse die Ermöglichung des Vertragsabschlusses erwarten, werden wir Sozialdemokraten im Dienste der Arbeiter- und Angestelltenchaft vor allem in der österreichischen Maschinen- und Metallindustrie für die Vorlage stimmen. *(Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Doktor Ramek den Vorsitz übernommen.)*

Berichterstatter Seidl: Hohes Haus! Zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Stein möchte ich feststellen, daß seitens der Regierungsstellen alles versucht wurde, um zu einem Abkommen mit Rußland zu gelangen. Kollege Stein hat schon darauf hingewiesen, daß eigentlich die größten Schwierigkeiten anfangs seitens der Russen gemacht worden sind. Wenn nun auch seitens unserer Banken gewisse Bedenken geäußert worden sind, so ist das bei der heutigen finanziellen Entwicklung unserer Geldinstitute wohl begreiflich. *(Stein: Auch jetzt noch?)* Auch jetzt noch finde ich es begreiflich, aber ich hoffe, daß es der Initiative der Regierung gelingen wird, diese Schwierigkeiten in den nächsten Tagen zu beseitigen.

Was nun die Beschlußfassung bei den Landesregierungen, beziehungsweise bei den Landtagen anbelangt, so glaube ich, auch hier sagen zu können, daß die industriell wichtigsten Länder auch diesmal, wie sie es schon früher getan haben, derartige Gesetzesbeschlüsse in die Wege leiten werden.

Ich ersuche nun um die Annahme des vorliegenden Gesetzes.

Damit ist die Aussprache beendet und es wird zur Abstimmung geschritten.

Das Gesetz wird in der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 439), betr. das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1933 (B. 471).

Es wird in die Generaldebatte eingegangen.

Generalberichterstatter **Seidl**: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1933 samt Bundesvoranschlag und Dienstpostenplan in der Zeit vom 9. Dezember 1932 bis 10. Februar 1933 in 23 Sitzungen durchberaten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat bei Durchberatung des Voranschlagsentwurfes dem Umstande Rechnung getragen, daß seit seiner Einbringung mehrere Änderungen bei einzelnen finanzgesetzlichen Ansätzen notwendig geworden waren, und hat die Abänderungen angenommen, die im Berichte des Finanz- und Budgetausschusses unter I: „Abänderungen des Entwurfes des Bundesvoranschlages 1933“, verzeichnet sind.

Die eingehenden Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses sowie die wiederholten Erklärungen des Bundesministers für Finanzen haben gezeigt, daß der Voranschlag mit jener besonderen Vorsicht erstellt wurde, die in Zeiten einer so tiefgreifenden Wirtschaftskrise unbedingt geboten ist. Da es unter den derzeitigen Verhältnissen äußerst schwierig ist, Schätzungen auf weite Sicht überhaupt aufzustellen, so wird es trotz äußerster Vorsicht bei der Erstellung des Voranschlages dennoch unerlässlich sein, die tatsächliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes fortlaufend genauestens zu prüfen, um rechtzeitig alle Vorkehrungen zu treffen, die notwendig sind, um das im Jahre 1932 glücklich wiedergewonnene budgetäre Gleichgewicht auch weiterhin zu sichern und aufrechtzuerhalten. Die Schwierigkeiten, die sich der Erstellung eines ausgeglichenen Budgets für 1933 entgegenstellten, waren begreiflicherweise sehr beträchtlich, da infolge der herrschenden Wirtschaftskrise nicht nur mit bedeutenden Mehrausgaben bei einzelnen Verwaltungszweigen, sondern auch mit einem starken weiteren Sinken der Einnahmen gerechnet werden mußte. Gegenüber dem im August 1932 beschlossenen Nachtrage zum Bundesvoranschlag für 1932 weist der Bundesvoranschlagsentwurf für 1933 in der vom Finanz- und Budgetausschuße beantragten geänderten Fassung nachstehende hauptsächlichste Abweichungen auf:

Vor allem sind die Mehrbelastungen aus den beim Zusammenbruche der Credit-Anstalt übernommenen Haftungsverpflichtungen des Bundes anzuführen. Diese Mehrbelastungen ergeben sich einerseits aus der Übernahme der Wechselverpflichtungen der Credit-Anstalt gegenüber der Nationalbank durch den Bund, 19.5 Millionen Schilling, andererseits aus der in Verhandlung stehenden Regelung der restlichen Haftungs-

verpflichtungen des Bundes, wofür im Voranschlag für 1932 nur 5 Millionen Schilling vorgesehen waren, 10 Millionen Schilling.

Die Mehrbelastung für 1933 aus dem Titel der Credit-Anstalt beträgt somit zusammen 29.5 Millionen Schilling.

An weiteren Mehrbelastungen sind anzuführen:

das Mehrerfordernis für den Dienst der neuen Anleihe, wofür im Voranschlag für 1933 der Betrag von 13 Millionen Schilling vorgesehen ist, und schließlich die Mehrlast aus der sozialen Verwaltung; bei der Sozialversicherung muß infolge der Verschärfung der Wirtschaftskrise für 1933 mit einem weiteren Ansteigen der Anzahl der Arbeitslosen gerechnet werden, weshalb eine Nettomehrbelastung des Bundes von 26.3 Millionen Schilling angenommen wird. Die übrigen Zweige der sozialen Verwaltung weisen Mehrausgaben von 8 Millionen Schilling auf, die sich hauptsächlich bei der Wohnbauförderung, der Vorsorge für Randgeduldeten, Kleinrentner und Krankenanstalten ergeben.

Die angeführten Mehrbelastungen des Bundes für 1933 betragen insgesamt 76.8 Millionen Schilling. Diesen Mehransprüchen stehen bei den übrigen Verwaltungszweigen infolge weitgehender Ausgabenkürzung Minderausgaben von 42.7 Millionen Schilling gegenüber, so daß die Steigerung der Gesamtausgaben für 1933 gegenüber 1932 auf 34.1 Millionen Schilling herabgedrückt wurde.

Daß die Einnahmenveranschlagung mit großer Vorsicht erfolgte, ist daraus zu ersehen, daß die Ansätze der öffentlichen Abgaben um 10 bis 20 Prozent niedriger angenommen wurden, als sie im Nachtragsbudget für 1932 veranschlagt gewesen sind.

Die Mindereinnahmen an Direkten Steuern, Zöllen und an Warenumsatzsteuer betragen zusammen 84 Millionen Schilling. Diesen Mindereinnahmen stehen hauptsächlich infolge der ganzjährigen Auswirkung des Krisenzuschlages zur Warenumsatzsteuer und der sich aus dem Rückgange der gemeinschaftlichen Abgaben ergebenden geringeren Höhe der Ertragsanteile der Länder (Gemeinden) Mehreinnahmen und Minderausgaben von zusammen 119.2 Millionen Schilling gegenüber, so daß die reinen Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben für 1933 gegenüber dem Nachtrag für 1932 eine Erhöhung um 35.2 Millionen Schilling ausweisen.

Die übrigen Einnahmen zeigen insgesamt eine Verminderung um 1.1 Millionen Schilling, die sich der Hauptsache nach bei Kassenverwaltung ergibt.

Der Bundesminister für Finanzen hat vor wenigen Tagen dem Finanz- und Budgetausschuß die vorläufigen Erfolgsziffern für das Verwaltungsjahr 1932 genannt, woraus wir ersehen haben, daß die im Sommer des Vorjahres vom hohen Hause angenommenen

Ausgaben- und Einnahmenvoranschläge des Nachtrages zum Bundesvoranschlag für das Jahr 1932 im großen und ganzen eingehalten werden konnten. Wir können daraus den ermutigenden Schluß ziehen, daß es der Bundesregierung nach diesem nicht zu unterschätzenden Erfolge wohl auch im laufenden Jahre gelingen wird, das Gleichgewicht in unserem Bundeshaushalte zu wahren und damit eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine allmähliche Gesundung unseres Wirtschaftslebens zu schaffen.

Ich erlaube mir nunmehr, im Namen des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag zu stellen, in die Generaldebatte über den Bundesvoranschlag einzugehen. *(Beifall rechts.)*

Dr. Rorcz: Hohes Haus! Mit der Vorlage des Budgets stellt die Regierung Dollfuß-Fey die Vertrauensfrage an das Parlament. Damit ergibt sich für die Opposition das demokratische Recht und die demokratische Pflicht, die bisherige Wirksamkeit dieser Regierung zu analysieren, zu beleuchten. Das Budget selbst ist im Finanzausschuß in allen seinen Teilen kritisch geprüft worden und wird auch im Hause selbst noch einer eingehenden kritischen Nachprüfung unterzogen werden. Die Partei, in deren Namen ich hier spreche und hinter der trotz aller Unkenrufe und aller hysterischen Rassistenschreie nach wie vor die überwältigende Mehrheit des arbeitenden Volkes Österreichs steht, hat allen Anlaß und gute Gründe, der gegenwärtigen Regierung Fey-Dollfuß das Vertrauen zu verweigern.

Politische, wirtschaftliche und soziale Erwägungen ernstester Natur berechtigen die sozialdemokratische Partei zu dieser Haltung. Der Regierung Dollfuß schien jede Gelegenheit gut genug und willkommen, ihren Rechtskurs zu betonen, der allerdings vielfach zum Kurs der Rechtlosigkeit ausartete. Bundeskanzler Dr. Dollfuß scheint den Ehrgeiz zu besitzen, die Tradition der denkwürdigen Regierung Baugoin-Starhemberg-Doktor Hueber fortzusetzen. Er hat die Todsünde wider den Geist der Demokratie begangen, sich auf Tod und Verderben mit einer Partei zu verbünden und zu verbinden, die die Demokratie verneint. Nun ist er der Gefangene dieses naturwidrigen Verhältnisses. Wieder einmal hat der Dichter recht: „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.“

Um seine „imposante“ Mehrheit aufrechtzuerhalten, läßt sich Dr. Dollfuß auf die Bahn des antimarginalistischen KurSES treiben, ohne zu wissen, wohin man ihn trägt. Er ist nicht mehr der Führer, sondern der Geführte *(Zustimmung)*, der von der Sechsstimmenfraktion des Heimatblocks Getriebene. So rächt sich eben das feige Ausknäulen der bürgerlichen Mehrheitsparteien vor den Neuwahlen. Die 14tägige Regierungskrise im Mai vorigen Jahres leuchtet so recht in den chaotischen

Zustand unseres Bürgertums hinein. Schon am 4. Februar v. J. hat mein Parteifreund Dr. Danneberg dem Nationalrat den Vorschlag von Neuwahlen gemacht. Die damals bevorstehenden Aprilwahlen wären die richtige Gelegenheit dazu gewesen. Damals wurde in Wien, in Niederösterreich, in Steiermark, in Kärnten und in Salzburg gewählt. Zwei Drittel der Bevölkerung schritten zur Wahlurne. Unser Vorschlag wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Was geschah nun, hohes Haus, am 24. April? Die Bevölkerung Österreichs hat an diesem Tage über das Regime der Bürgerblockparteien, das seit 1922 ununterbrochen das Land „gerettet“ hat, ihr unzweideutiges Urteil gesprochen. Am 28. April hat Dr. Bauer abermals die Auflösung des Hauses und Neuwahlen verlangt. Nichts von alledem! Aus Machtgier und Neberei haben Sie sich unter das Joch einer sterbenden Partei begeben, die um so lauter über das Versagen der Demokratie schrie, je mehr sie den Boden unter den Füßen verlor, den Boden in der Bevölkerung einbüßte. In letzter Minute sind die antidemokratischen Schreihälse des Heimatblocks noch in die Antilichkeit der Demokratie geklettet *(Heiterkeit links)*, haben sie sich praktisch zu jenem System bekannt, das sie tausendfach in Grund und Boden verdonnert haben. Die Art, wie diese Regierung zustande gekommen ist, das wochenlange Feilschen um Ministerstühle, das wochenlange, nach allen Regeln der Kunst geübte Intrigenspiel wird kein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Republik darstellen. Wehe den Päckern — so schrien die Schützer und Retter der Heimat seit Jahr und Tag, wenn in irgendeiner der Allgemeinheit dienenden Angelegenheit ein sachliches Kompromiß geschlossen wurde. Vor lauter Sachlichkeit und Heimatliebe und Abneigung gegen dieses „System“ mußte man, um „das Fähnlein der Aufrechten“ in die Regierungslaupe zu kriegen, das Bundeskanzleramt in drei Teile, das Außenamt in zwei und das Innenministerium ebenfalls in zwei Teile zerreißen. Und das Ganze nannte man dann im Regierungsjargon Ressorterteilung, Verwaltungsvereinfachung und Ersparungsmaßnahmen. In Wirklichkeit war es natürlich eine ganz gewöhnliche Schiebung, den Auckdemokraten vom Heimatblock zuliebe.

So hat sich denn — Dankbarkeit ist ja eine der schönsten Tugenden — mit einem Male die Haltung der Herren vom Hahnenschwanz gegenüber den Systemparteien gründlich geändert. Das war ja auch der Zweck der Übung. Es ist verlockend, die Stellung dieser Fraktion gegenüber dem Budget 1932 mit ihrer Haltung gegenüber dem Staatshaushaltsplan, der heute vorliegt, zu konfrontieren. In der Sitzung vom 3. Dezember 1931 erklärte gelegentlich der damaligen Budgetdebatte der damalige Fraktionsführer und Cellist des Heimatblocks *(Heiterkeit links)*, Exminister Dr. Hueber, der

deutschen Belange und der Annäherung voll, in gewohnt melodischer Weise (*liest*):

„Wir lehnen alles das ab, was das heutige System und seine wirtschaftlichen Maßnahmen noch irgendwie stützen könnte. Aus diesem Grunde werden wir auch heuer gegen den Staatshaushalt stimmen, nicht aus Bosheit, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß dieser Weg zum Abgrund führt und daß dieser Abgrund knapp vor unseren Füßen liegt.“

Das stenographische Protokoll verzeichnet einen lebhaften Beifall auf der äußersten Rechten. Das war also nicht etwa die private, persönliche Meinung des Herrn Dr. Hueber, sondern das war die Meinung seiner Fraktion. Eine klein wenig prophetische Gabe wohnte diesen Worten allerdings inne. Herr Dr. Hueber selbst ist mittlerweile in den Abgrund verfallen, ja geradezu Retter dieses Budgets geworden, das in allen seinen Ansätzen tief unter den Ansätzen des Normalbudgets für das Jahr 1932 steht. Wenn die Herren vom Heimatblock in einem Belange konsequent sind, dann sind sie es in ihrer Inkonsistenz. Darin sind sie wahrhaftig Meister. Was tut so eine kompromißfeindliche und das System hassende und begeisternde Partei nicht alles, um sich an der Macht und um sich in den Ministerstühlen zu behaupten? (*Rufe links: So ist es!*) Mittlerweile ist übrigens das politische Konterspiel dieser Regierung in sehr charakteristischer Weise ergänzt worden. Im Zuge des Personalabbaues und der sonstigen die Bundesbeamtenschaft hart treffenden Sanierungsmaßnahmen wurde für Herrn Feh ein neues Pöstchen, das Staatssekretariat für Sicherheit, geschaffen. Dieser Herr Feh ist ein wahrhaftiges Kabinettsstück für ein demokratisches Kabinett. (*Lebhafter Beifall links.*) Daß er sich ein paar Tage vor seiner Berufung in das hohe Amt einer italienischen Zeitung gegenüber als glühender Verehrer des faschistischen Systems bekanntgab, das war nur ein bedauerlicher Druckfehler, offenbar ein Hörfehler des betreffenden Interviewers. So haben wir also glücklich eine demokratische Regierung mit zweieinhalb Faschisten: Dr. Jakoncig, Feh und Dr. Rintelen. Und um dem demokratischen Kabinett einen besonderen Grad republikanischer Verlässlichkeit zu geben, ist der sonst gewiß sehr ehrenwerte und überzeugungstreue Herr Dr. Schuschnigg, der sich am 28. November v. J. am Tiroler Landesparteitag der christlichsozialen Partei zur Monarchie bekannte (*Rufe links: Hört! Hört!*), ebenfalls in die Gesellschaft der Freunde der Republik kooptiert worden. Dr. Schuschnigg erklärte damals, die Monarchie sei eine bessere Staatsform als die heutige, und er nannte die Gesetze der Republik, die über das im Laufe der Jahrhunderte aus dem Staatsvermögen und aus dem Volksvermögen zusammengegraffte sogenannte „Eigentum“ der Habsburger verfügten, Raubgesetze. (*Rufe links: Hört! Hört!*) So jemand ist natürlich geradezu prädestiniert

zum Schutze der republikanischen Gesetze und der Rechtspflege in diesem Staate. Er erhielt daher das Justizressort der Republik.

Und weil nun in dieser Republik ein erklärter Monarchist und außerdem zwei Minister sitzen, die seinerzeit vor aller Öffentlichkeit in Korneuburg auf den Hochverrat vereidigt wurden (*Lebhafter Zustimmung links*), und ein Minister, der die Putschisten vom 13. September 1931 mit seiner Zeugenaussage vor Gericht deckte, deshalb sind wir Sozialdemokraten eben bei jeder Gelegenheit die Hochverräter!

Eine sehr ernste Frage bleibt allerdings offen: wie der Herr Bundespräsident antidemokratische Bekenntnisse und antidemokratische Gelöbnisse mit der Berufung in die republikanische Bundesregierung vereinbarlich findet. (*Lebhafter Zustimmung links.*) Im übrigen sehen die Taten der gegenwärtigen Regierung ganz danach aus. Ich kann es mir nicht versagen, an die Duvertüre zur Herbstsession 1932 zu erinnern. Der verfassungsrechtliche Mentor der gegenwärtigen Regierung, Herr Dr. Hecht, hatte die kühne Eingebung, das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz auf eine Credit-Anstalts-Angelegenheit in Anwendung zu bringen. Herr Bundeskanzler Dr. Dollfuß gab in Haag die Begleitmusik zu dieser eines Sektionschefs im Heeresministerium wahrhaft würdigen Attade, indem er dort in einer Bauernversammlung wörtlich erklärte (*liest*): „Die Tatsache, daß es der Regierung möglich ist, selbst ohne vorherige endlose parlamentarische Kämpfe sofort gewisse dringliche Maßnahmen in die Tat umzusetzen, wird zur Gesundung der Demokratie beitragen.“ Wahrhaft rührend, wie die Herren rund um Feh um die Demokratie in diesem Staate besorgt sind.

Der Herr Abg. Neustädter-Stürmer — ich möchte sagen, das politische Enfant terrible der Regierungsparteien — erklärte im Finanzausschuß — und soviel Offenheit war dem Herrn Bundeskanzler Dr. Dollfuß geradezu peinlich, sichtlich peinlich — ganz unumwunden (*liest*): „Dieser Verordnung komme eine große politische Bedeutung zu, und es sei durch sie eine vollständige Veränderung im parlamentarischen Kräftespiel eingetreten.“ Herr Neustädter-Stürmer meinte damit offenbar, das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz sei geeignet, das parlamentarische Kräftespiel überhaupt auszuschalten.

Aus diesem Geiste erklären sich denn auch die politischen Kraftleistungen der Regierung Dollfuß in den letzten Wochen. Unter der gleisnerischen Marke „Weihnachtsfrieden“ haben Sie, Herr Bundeskanzler, ein verfassungswidriges generelles Versammlungsverbot erlassen. Um die Kritik auszuschalten und die wahre Stimmung im Volke nicht zum Ausdruck gelangen zu lassen, hat sich eine unerhörte Konfiskationspraxis breitgemacht. Durch die Wiener-Neustädter Waffenbeschlagnahme und den mißlungenen Versuch

eines Demonstrationsverbotes in Wiener Neustadt haben Sie die ohnehin von der Not genugam aufgepeitschte Bevölkerung dieses Glendgebietes geradezu haranguiert. Sie huldigen dem Grundsatz „Macht ist Recht“ und erschlagen seit Jahren systematisch in Justiz und Verwaltung den Sinn und den Glauben der Bevölkerung an objektive Staatsführung und Wahrheitsuche. So sind — wundern Sie sich nicht darüber — Treu und Glauben auf allen Linien völlig verlorengegangen und erschüttert. Die Einseitigkeit und die Parteilichkeit all Ihrer Maßnahmen ist seit dem 13. September 1931 in ununterbrochener Kette in so schreiend grelles Licht gerückt worden, daß fast jedes Wort darüber überflüssig ist. Sie werden sich ja doch nicht mehr des rechten Weges besinnen. Deshalb müssen wir Ihnen auch das währungspolitische Ermächtigungsgesetz, das Sie in der letzten Sitzung des Finanzausschusses von uns verlangt haben, mit einem klaren Nein verweigern. Eines solchen Vorschusses an Vertrauen sind Sie nicht würdig. Darüber können Sie sich selbst nicht einen Augenblick im Zweifel sein, daß Sie dieses Vertrauen restlos verwirrt haben.

Wieder werden Sie das alte Lied vom Versagen des Parlamentarismus anstimmen. Jedesmal, wenn Ihr System versagt, wenn Ihr System Schiffbruch leidet, ist es das System schlechtweg; eine Entstellung der Dinge, eine Falschmeldung, mit der Sie auf die Dauer das Auslangen nicht finden werden. Das Parlament hat in Österreich immer gearbeitet und allen Notwendigkeiten zeitgerecht Rechnung getragen. Daß es kein willfähiges Instrument für Ihre Experimente ist und nicht die Wünsche und Forderungen der Großgrundbesitzer und des Schwarzenbergplatzes willenlos apportiert, das gereicht diesem Parlament zur Ehre. Leider ist es in seiner Zusammensetzung nicht stark genug, diesen Experimenten ein für allemal Einhalt zu tun. Und wenn es dem Parlament, beziehungsweise den Regierungsparteien im Parlament an der notwendigen Führung gefehlt hat, so ist nicht zuletzt die gegenwärtige Bundesregierung daran schuld. Für die Verschärfung der Spannungen in diesem Staate ist ihr politisches Hasardieren und ihr wirtschaftliches Versagen verantwortlich. *(Lebhafter Beifall links.)* Wir sind die letzten, die nicht verstehen, daß ein großer Teil unseres wirtschaftlichen Glends auf die allgemeine Weltwirtschaftskrise zurückzuführen ist. Diese Weltwirtschaftskrise ist der Preis, den die Menschheit für das Verbrechen des Weltkrieges zu bezahlen hat. Aber einen guten Teil müssen Sie schon gefälligst auf Ihr Konto nehmen.

Alle Ihre sogenannten Not- und Sanierungsmaßnahmen sind bis jetzt ausnahmslos auf Kosten der Arbeiter und Angestellten gegangen *(Zustimmung links)* und haben insbesondere die städtische Bevölkerung schwer belastet. Sie werden immer nervös, wenn man Ihnen den agrarischen Kurs vorhält. Niemand, der die Dinge

richtig zu beurteilen sich bemüht, wird ernstlich leugnen können, daß Sie einen ausschließlich agrarischen Kurs in diesem Staate steuern. In Ihrem Ministerium sitzen drei prominente Vertreter der Landwirtschaft, der Bundeskanzler, der Vizekanzler und der Innenminister. Der Landwirtschaft bringen Sie jedes Opfer, das allerdings der übrige Teil der Bevölkerung zu bezahlen hat. Dabei übersehen Sie völlig, daß den 2 Millionen Menschen, die unmittelbar von der Landwirtschaft abhängen, mehr als 3 Millionen Menschen gegenüberstehen, die in der Industrie beschäftigt oder von ihr abhängig sind. Wir verstehen den Schutz der heimischen Landwirtschaft, aber der Protektionismus für eine Klasse der Bevölkerung darf nicht so weit getrieben werden, daß er die Lebensinteressen des anderen Teiles vollständig lahmlegt. Wir wissen, daß durch die Schutzzölle die Grenzen unübersteigbare Mauern geworden sind, daß durch das verzweifelte Mittel der Einfuhrverbote, der Kontingente und der Devisenbewirtschaftung und nicht zuletzt durch den Irrwahn der sogenannten autarkischen Bestrebungen der Welthandel gelähmt und die Weltwirtschaft atomisiert ist. Darüber sind wir uns im klaren. Exportieren wird schließlich auf die Dauer nur der Staat können, der auch importiert, da jeder Handel letzten Endes auf Warenaustausch basiert.

Eine Handelspolitik, die sich nicht an dieses Grundaxiom hält, geht völlig ins Leere. So ist denn auch im Jahre 1932 der Export Österreichs wertmäßig auf 58 Prozent, mengenmäßig auf 75 Prozent gegenüber 1931 gefallen. Die ganze Handelspolitik der österreichischen Regierung mußte darauf gerichtet sein, daß der Lebensraum unserer Exportindustrie erweitert werde. *(Zustimmung links.)* Darin liegt geradezu zentral das Problem der Arbeitsbeschaffung in diesem Staate, darin aber haben unsere Regierungen bisher so ziemlich vollständig versagt. Die gegenseitigen Absperrungsmaßnahmen zwischen den einzelnen Staaten, den Nachbarstaaten und uns, sind ganz und gar danebengegangen. Aufgabe der neuen Außenhandelspolitik wird es sein, hier eine Neuordnung herbeizuführen. Hoffentlich werden die im Gange befindlichen Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, der Tschechoslowakei und Deutschland von besserem Erfolg begleitet sein. Der vor kurzem abgeschlossene Handelsvertrag mit Ungarn wurde von Seiten der Regierung als ein großer Erfolg gefeiert. Österreich ist ausgiebiger Käufer ausländischer Rohstoffe, ausländischer Nahrungsmittel. Diese Tatsache muß gründlicher zur Sicherung unseres Exportes ausgenutzt werden. Daher sind Autarkiebestrebungen auf österreichischer Seite sinn- und zweckwidrig. Österreich kann nur unter der Herrschaft des Freihandels gedeihen. Vor der Krise ist die österreichische Industrie fast zu zwei Dritteln auf den Export angewiesen gewesen. Der Binnenmarkt kann die Exportverluste nicht aufnehmen. Die Landwirtschaft Österreichs kann nur ungefähr 20 Prozent unserer

Industrieprodukte abnehmen und diesen Prozentsatz nur bei voller landwirtschaftlicher Prosperität. Autarkie bedeutet somit für Österreich eine konstante Arbeitslosigkeit von ungefähr 250.000 Menschen.

Daher gibt es für uns nur eines: Der österreichischen Industrie kann nur durch einen auf das höchste forcierten Export geholfen werden. Gewiß ist es nicht leicht, überall die richtige Kompromißlinie zu finden, weil einzelne Gruppen immer Sonderinteressen haben und diese Sonderinteressen nicht so leicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind. So werden dann laufende Bemühungen vielfach und immer wieder konterfariert. Es ist bekannt, daß sich die Verhandlungen mit Polen versteift haben, weil Polen sich durch unseren Handelsvertrag mit Ungarn benachteiligt fühlt und darüber verstimmt ist. Wir sind in Stress unter dem Druck einflußreicher Staaten Gönner gewesen und haben den südöstlichen Agrarstaaten Konzessionen gemacht und dafür Zusicherungen von Präferenzen erhalten, die jetzt keine rechte konkrete Form annehmen wollen. Nicht einmal Deutschland gegenüber schreiten die handelspolitischen Verhandlungen aussichtsreich vorwärts. So geht der Austausch von Gütern, einst ein Merkmal der Zivilisation, scharf zurück. Die Devisenperre hat das ihre dazu beigetragen. Gewiß darf nicht verschwiegen werden, daß von den 52 Staaten, die es auf der Erde gibt, 40 den Verkehr mit ausländischen Devisen streng geregelt haben. Aber die Art, wie wir das in Österreich gemacht haben, hat wiederholt die lebhaftesten Bedenken der sozialdemokratischen Partei hervorgerufen, und die nachfolgende traurige Entwicklung hat unsere Einwendungen als vollständig berechtigt erwiesen. Wir nehmen gern zur Kenntnis, daß nun ein schrittweiser Abbau auf diesem Gebiete erfolgt. Unsere Devisenbewirtschaftung trieb die absonderlichsten Blüten. Das Ganze war eine höchst merkwürdige Konstruktion: Devisen in der Hand verschiedener Personen hatten einen durchaus verschiedenen Preis. Dieser Zustand wurde in der letzten Zeit beseitigt. Aber doch gibt es heute noch sehr stark benachteiligte Kategorien von Devisenbeziehern, die gewissermaßen von Teilkonfiskation betroffen sind. Alles übrige wickelt sich bereits im sogenannten Privatclearing ab, und das hat dazu geführt, daß diesen Geschäften nicht mehr der offizielle, fiktive Kurswert des Schillings zugrunde gelegt wurde. Bisher war dies für alle Devisenbezieher mit einem 20- bis 25prozentigen Verlust verbunden.

Hohes Haus! Was ist das Ergebnis all dieser Experimente, all dieser Schikanen, all dieser Maßnahmen? Generaldirektor Dr. Ernst Geiringer, gewiß ein Kenner der Verhältnisse, schreibt im Organ des Hauptverbandes der Industrie Österreichs „Die Industrie“, und zwar in der ersten Nummer des heurigen Jahres, folgendes (*liest*): „Die durch acht Jahre konsequent verfolgte Wirtschaftspolitik“ — *lies*: Schutzollpolitik — „hat

uns eine völlige Desorganisation des Staatshaushaltes sowie der Finanzen unserer Länder und Gemeinden und einen fast gänzlichen Stillstand der industriellen Produktion beschert. Soll diese Politik fortgesetzt werden? Gibt es jemanden in diesem Staate, der es sich auszumalen wagt, wie nicht nur die wirtschaftlichen, nein, wie die sozialen Verhältnisse dieses Landes nach weiteren acht Jahren solcher Politik aussehen werden, sofern die soziale Struktur in ihrer heutigen Form diesen Leidensweg überhaupt überdauern könnte?“

Schärfere Worte der Beurteilung sind wohl noch kaum gesprochen worden. Aber nicht einmal die so geschützte, so protegierte und subventionierte Landwirtschaft ist zufrieden. Abg. Födermayr hat im Finanzausschuß festgestellt, daß sehr viele bäuerliche Betriebe auf Kosten der Substanz wirtschaften und von einem Reinertrag in den meisten Fällen und insbesondere in den Gebirgsgegenden nicht die Rede sein kann.

Angeichts dieser Tatsache kann es wohl nur mit der gehobenen Weihnachtsstimmung des Herrn Bundeskanzlers erklärt werden, wenn er sich in der „Börse“ vom 25. Dezember des vergangenen Jahres, also in der Weihnachtsnummer dieser Zeitschrift, über die wirtschaftliche Lage Österreichs so ausläßt (*liest*): „Wir müssen zweifellos feststellen, daß die Lage Österreichs zu keinerlei pessimistischer Beurteilung berechtigt. Das große Problem ist die Eindämmung der Arbeitslosigkeit, die Beschaffung von Arbeit. Auch hier sind jedoch wichtige und grundlegende Vorarbeiten bereits geleistet, beziehungsweise im Zuge der Durchführung.“

Zu so viel Optimismus und zu so viel verklärter Sicht, wenn ich so sagen darf, gehört wahrhaftig viel Mut. Gewiß, um Arbeitsbeschaffung dreht sich alles in diesem Staate, damit steht und fällt alles. Wir Sozialdemokraten haben nie ermangelt und sind nie erlahmt, auf dieses zentrale Problem mit allem Nachdruck schon zu einer Zeit hinzuweisen, wo den Wirtschaftskapitänen Österreichs oder wenigstens einem erheblichen Teil von ihnen die antimarkistische Politik wichtiger war als alles andere.

Der gegenwärtige Handelsminister Dr. Jafonvig ist sehr eifrig in Pressekonferenzen und Pressemitteilungen. Er lanciert Programme, und er lanciert sich selbst. In den letzten Tagen hat ein Proponentenkomitee aus Kreisen der Industrie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt, das interessanterweise zum Teil auf einen aus dem Jahr 1926 stammenden sozialdemokratischen Vorschlag zurückgreift, nämlich die produktive Arbeitslosenfürsorge auch auf private Arbeiten auszudehnen. Als wir Sozialdemokraten am 13. September 1931 der Öffentlichkeit unsere wirtschaftlichen Forderungen und unser Wirtschaftsprogramm zur Diskussion übergaben, erschlugen es die politischen Wogen des Heimwehrputsches, die damals

begreiflicherweise hoch gingen. Wir werden sehen, wie weit es der Regierung und der Industrie mit diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm ernst ist. Handelsminister Dr. Jafoncig schreibt in der Neujahrsnummer des „Wiener Börsencouriers“ (*liest*): „Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung derartiger Aktionen, wie ich sie im vorhergehenden gezeichnet habe, ist die völlige Ausschaltung aller parteipolitischen Gesichtspunkte, die ein solches Reformwerk nicht nur stören, sondern verhindern müßten.“ Hohes Haus, ich werde an drei Beispielen erläutern, wie bei den Regierungsparteien die „Ausschaltung aller parteipolitischen Gesichtspunkte“ aussieht.

Lange Zeit bestand in Regierungskreisen der Plan der Schaffung eines Kohlenhandelsmonopols für die Österreichischen Bundesbahnen. Man scheint diese Absicht aufgegeben zu sein. Die „Börse“, die da offenbar sehr gut unterrichtet ist, schrieb in der vorletzten Nummer (*liest*): „Dieser Umschwung ist aber nicht allein durch sachliche, sondern auch durch politische Erwägungen bestimmt. Es handelt sich um das Moment, daß die Gewerkschaften, also die Exponenten der sozialdemokratischen Partei, sich in energischer Weise für die Monopolisierung des Kohlenimportes ausgesprochen haben. Diese Stellungnahme der Gewerkschaften hat genügt, um die Idee des Monopols in Kreisen der Regierung Döllfuß zu diskreditieren, und man würde es in österreichischen Regierungskreisen je eher desto lieber sehen, wenn sich in dieser Frage eine rein privatwirtschaftliche Lösung finden ließe.“ Das also heißt: Ausschaltung aller parteipolitischen Gesichtspunkte!

Ein zweiter Fall! Herr Handelsminister Dr. Jafoncig beruft eine handelspolitische Enquete ein. Wieder weiß ein wohlinformiertes Wiener Blatt, „Die Börse“, zu berichten (*liest*):

„Der gegenwärtige Leiter des Handelsressorts, der von dem Ehrgeiz besessen ist, den handelspolitischen Agendenkreis, der seit der agrarischen Orientierung der österreichischen Handelspolitik dem Bundeskanzleramt zufällt, wieder zum Teil dem Handelsministerium zurückzugewinnen, richtet mit dieser Enquete indirekt einen Vorstoß gegen den Leiter der Handelspolitik Vizekanzler Ing. Winkler. Die Extradour des Handelsministeriums ist im Bundeskanzleramt mit kühlster Reserve aufgenommen worden. Dies geht schon daraus hervor, daß die handelspolitische Sektion des Kanzleramtes die Enquete und ihre Bedeutung für die weitere Gession der österreichischen Außenpolitik bagatellisiert und auf unsere Anfrage — auf die Anfrage der „Börse“ — „mitteilte, daß ihr nur der Charakter einer akademischen Erörterung beizumessen ist.“ (*Hört!-Hört!-Rufe links*.) „Dazu kommt noch, daß die Agrarier zu dieser Enquete nicht eingeladen worden sind.“ Die „Börse“ sagt weiter (*liest*): „Schon diese Tatsache wirft ein bezeichnendes Licht auf die Spannung, die

unter der Oberfläche zwischen Dr. Jafoncig, der ein ausgesprochener Gegner des Agrarkurses ist, und Vizekanzler Ing. Winkler besteht.“

Hohes Haus! Vielleicht sind die in den letzten Tagen aufgetauchten Gerüchte über Demissionsabsichten des Herrn Handelsministers Dr. Jafoncig auf diese Vorfälle zurückzuführen. — Wie jagt doch Herr Dr. Jafoncig so schön? „Die völlige Ausschaltung aller parteipolitischen Gesichtspunkte!“

Besonders lehrreich aber ist der dritte Fall, den ich anziehen möchte. Die Besprechung des Übereinkommens mit den Auslandsgläubigern der Credit-Anstalt hat Herr Unterrichtsminister Dr. Rintelen in einer der letzten Sitzungen des hohen Hauses zu einer Gipfelleistung politischer Hemmungslosigkeit bemüht. (*Lebhafter Beifall links*.) Zunächst, hohes Haus, eine persönliche Bemerkung in dieser Sache. Meine Ausführungen beruhten damals — ich kann wohl sagen, fast ausschließlich — auf Darstellungen und Berichten der „Reichspost“. Ich darf annehmen, daß Herr Minister Dr. Rintelen die „Reichspost“ richtig informiert hat. Übrigens gab die Darstellung, die Generaldirektor van Hengel am nächsten Tag den Pressevertretern gegeben hat, mir in meritorischer Hinsicht vollkommen recht. Herr Minister Dr. Rintelen, der übrigens aus erklärlichen Gründen — denn ein letzter Rest von Schamhaftigkeit scheint schließlich doch noch vorhanden zu sein — erklärte, daß er hier nicht als Minister, sondern als Abgeordneter spreche, hat sich seine Antwort sehr leicht gemacht: er ist vom meritorischen Teil ganz abgerückt und hat sich um eine Definition des Begriffes einer Holding Company bemüht. Da muß ich schon sagen: Das weiß ich auch; wenn notwendig, stehen mir dieselben Nachschlagswerke zur Verfügung wie dem Herrn Minister Dr. Rintelen. Auch er ist kein geborener Wirtschaftspraktiker und mußte erst lernen. Offenbar hat er seinerzeit sein Praktikum bei der „Steier-Bank“ absolviert. (*Sehr richtig! links*.) Eine solche Schule stand mir allerdings nicht zur Verfügung — ich bedauere es nicht. Darin und in seinem Berater Dr. Mrher ist er mir zweifellos voraus. (*Heiterkeit links*.)

Aber, hohes Haus, was in dieser Angelegenheit wichtiger ist als diese persönliche Bemerkung, die ich für notwendig hielt, ist die Feststellung, daß es eine bewußt falsche, von A bis Z erfundene Schilderung war, die Herr Minister Dr. Rintelen über den Werdegang der Bundeshaftung gegeben hat. (*Zustimmung links*.) Er hat diese Darstellung nur gegeben, um die Gelegenheit zu benutzen, der Sozialdemokratie eins am Zeug zu flicken. Kalt lächelnd hat er die Wahrheit völlig auf den Kopf gestellt, und es ist eine beschämende Tatsache, daß der namhaftere, gewiß nicht der schamhaftere Teil der christlichsozialen Partei diesen Ausführungen Beifall gezollt hat. Es war wahrhaftig — ich kann nicht umhin, das zu sagen — das Beispiel unerhörtester Fälschung, das damit gegeben wurde.

(Zustimmung links.) So wird den Sozialdemokraten eine patriotische Haltung und eine patriotische Handlung gelohnt. Zum Schluß sind wir die Hochverräter und die anderen die Ehrenmänner.

Über das Credit-Anstalts-Problem ist von dieser Stelle aus viel gesagt und an dem Verhalten der verantwortlichen bürgerlichen Parteien viel berechtigte Kritik geübt worden. Die Preisgabe der heimischen Interessen, die Verausländerung Österreichs muß immer wieder mit Nachdruck betont und angeklagt werden. Schließlich gehört auch der Lausanner Vertrag, den wir aus diesen Gründen leidenschaftlich bekämpft haben, in dasselbe Kapitel. Für ein Linsengericht haben wir auf weitere 20 Jahre unsere Autonomie und unsere Entschließungsfreiheit verkauft. Das Zustandekommen dieses Parlamentsbeschlusses in dieser ungeheuerlich wichtigen Sache wird für alle Zeiten ein sehr dunkler Punkt in der parlamentarischen Geschichte bleiben. Man schämt sich fast, an die damaligen Vorgänge zu erinnern. Im Juli 1932 hat Bundeskanzler Dr. Dollfuß im Hauptverband der Industrie über Lausanne berichtet und angekündigt, daß wir in spätestens ein bis zwei Monaten 300 Millionen Schilling zur Verfügung haben werden. Erst Ende Dezember haben die Westmächte den Vertrag ratifiziert. Aber noch ist nicht einmal ein Vorschuß in Sicht. Gewiß hat der französische Regierungswechsel eine Verzögerung mit sich gebracht, vor allem muß jedoch gesagt werden, daß die törichten außenpolitischen Eskapaden der Regierung Dollfuß schwere Gefahren über unsere österreichische Heimat heraufbeschworen haben. (Zustimmung links.)

Hohes Haus! Drohendes Gewölk zieht sich zusammen und verdüstert den europäischen Horizont. Das Verhältnis zwischen Jugoslawien und Italien verschlechtert sich von Woche zu Woche und treibt Entscheidungen zu. Italiens Bündnispolitik sucht vor allem Ungarn einzuspinnen. Aus diesem Grunde ist eine Aufrüstung im Gange. Die Girtener Affäre hat die Szenerie bliglichtartig beleuchtet und hat die Regisseure erkennen lassen. Frankreich ist empört. (Werner: Ihre Intervention! Hochverräter!) Man kann es Frankreich fast nicht verargen. Es spricht vom perfiden Österreich. Jugoslawien zählt zum französischen Interessensbereich. Die Tschechoslowakei ist beunruhigt. England ist verärgert. Eine Demarche löst die andere ab. Herr Dr. Dollfuß hat Österreich einen wahrhaft schlechten Dienst erwiesen. (Zustimmung links.) Das Geschrei von den Hochverrättern, Herr Kollege Werner, ist wieder vernehmbar. (Werner: Das ist Hochverrat! Ja!) Das ist aber nur eine Ablenkung, die schon deshalb völlig sinnlos ist, weil ja schließlich die europäischen Großstaaten in Österreich ihre Militärattachés haben und weil die mehr sehen und mehr wissen als ein österreichischer sozialdemokratischer Funktionär. (Zustimmung links.) Mit solchen Manövern

ist der Heimat wenig gedient. (Werner: Da haben Sie recht! Mit Ihren Manövern ist der Heimat wenig gedient!) Ist es Raibität oder ist es Verantwortungslosigkeit, die hier im Spiele ist? Im Nu kann Österreich in den Strudel der Ereignisse hineingezogen sein, und Österreichs Bevölkerung hat die gewissenlose Preisgabe seiner Neutralität, zu der es nicht bloß friedensvertraglich, sondern im ureigensten Interesse verpflichtet ist (lebhaft Zustimmung links), fürchterlich zu büßen. (Dr. Deutsch: Sie haben keine andere Politik zu machen wie die des Friedens und der Neutralität!)

Präsident Dr. Ramek: Sie haben nicht das Wort, Herr Abg. Deutsch!

Dr. Koref (fortfahrend): Unvorstellbare Konsequenzen können sich für das ganze Land und für das ganze Volk ergeben. Wir nehmen also die Qualifikation „Hochverräter“ ruhig auf uns, und wir warnen Österreichs Regierung und Österreichs Volk rechtzeitig und eindringlich vor allen kommenden Folgen. Die einen schützen die Heimat, indem sie sie verraten, die anderen werden Verräter genannt, weil sie die Heimat vor unvorstellbaren Gefahren schützen. (Lebhafter Beifall links.) Mundus vult decipi! Die ewige Wiederkehr einer und derselben Tragödie. Die Welt will betrogen sein! August Bebel hat den denkwürdigen Ausspruch getan: „Wenn die Köpfe denken, dann schießen die Flinten nicht.“ Sie von der faschistischen und legitimistischen Couleure bauen seit Jahren wieder Ihre Hoffnungen und Ihre ganze Politik auf der Annahme auf, daß im entscheidenden Augenblick eben die Menschen wieder nicht denken werden. Dann werden die Flinten des Herrn Baugoin schießen und die Brieftauben ausfliegen (Heiterkeit links), und zum Schluß wird die Heimat ein armjeliger Trümmerhaufen sein und der Rest des Volkes ein erbärmliches Schattendasein führen. (Zustimmung links.)

So retten und befreien Sie systematisch seit 1922 das österreichische Volk, von Genf über Lausanne bis Girtenberg. Fassen Sie es ein wenig symbolisch auf, Herr Bundeskanzler ... (Zwischenrufe Werner.) Der Herr Abg. Werner versteht ja den Ernst der Situation gar nicht, an den Herrn Bundeskanzler sind meine Worte gerichtet: Fassen Sie es symbolisch auf, daß Sie bei einer Munitionsfabrik angelangt sind. Viel Explosivstoff hat sich aufgehäuft, das Volk hungert und das Volk murren. Die Zahl der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter, der Ausgesteuerten hat wahrhaftig den Höhepunkt erreicht. Spontane Demonstrationen gegen die Auswirkungen der Richtlinien des Sozialministeriums sind an der Tagesordnung. Auf die Dauer werden sich die Menschen mit Worten nicht abpeisen und mit Polizeiattaken nicht beschwichtigen lassen. Prälat Dr. Drexel, ein diesem Hause gewiß sehr gut Bekannter, hat einmal in einer Rede festgelegt, daß über allem

anderen das Recht eines jeden Staatsbürgers auf das tägliche Brot stehe. Dieses Recht ist aus der menschlichen Gemeinschaft, im besonderen aber aus der christlichen Gemeinschaft abgeleitet, dieses Recht werden die Hungernden reklamieren, Herr Bundeskanzler, Sie werden darüber nicht hinwegkommen! Die Zeit verlangt von uns gebieterisch ganze Maßnahmen, mit halben Dingen ist nicht mehr geholfen.

Dazu gehört als unentbehrlichster Fundus das Vertrauen des Volkes, das Vertrauen des überwiegenden Teiles, der Mehrheit des Volkes. Das haben Sie nicht, und das hat Ihre Partei nicht. Das Vertrauen, das Sie und Ihre Partei genießen, wird immer kleiner. Sie bleiben dem Volk zu viel schuldig. Sie haben die Verwaltung dieses Staates seit 13 Jahren dazu benutzt, um Ihre Parteifreunde unterzubringen und dann und wann auch Ihren Koalitionsgenossen einen Posten zukommen zu lassen. Der Fall des Berliner Gesandtenpostens hat selbst in Ihren engsten Parteikreisen, Herr Bundeskanzler, Befremden und Kopfschütteln hervorgerufen. Solche politische Geschäfte macht man nicht, da verläßt man lieber seinen Ministerstuhl. Es ist ein schwächlicher, völlig mißglückter Rechtfertigungsversuch, wenn Sie seinerzeit im Finanzausschuß erklärten (*liest*): „Ich muß sagen, daß die Entscheidung darüber, wen der Außenminister als seinen Vertrauensmann auf einen Gesandtenposten entsendet, wohl dem Außenminister selbst überlassen bleiben muß.“ Das ist keine traditionell-europäische, sondern eine amerikanische Auffassung, die jetzt von den Nationalsozialisten in Deutschland — allerdings gründlich — praktiziert wird. Jahrelang haben diese über das Parteibuchbeamtentum gegetert, um jetzt, an die Macht gelangt, in nie dagewesener, aller Gefittung und Gepflogenheit hohnsprechender Weise verdiente Beamte davonzujagen und an ihre Stelle Parteibuchbeamte zu setzen. Herr Bundeskanzler, nicht Personalwechsel, sondern durchgreifende Verwaltungsreform wäre Aufgabe einer Regierung in Österreich. Bisher ist man leider über Kommissionen, Kommissäre und Leitsätze niemals hinausgekommen. Konstruktive, aufbauende Arbeit, Herr Bundeskanzler, gäbe es in Hülle und Fülle in diesem Staate. Dazu gehören freilich nicht Gesetze, die bisherige Ansprüche und Rechte demolieren, wie das Heeresgebührengesetz, dazu gehören freilich nicht Ihre andauernden, vom Auslandskapital geförderten Bestrebungen, die Herabminderung der Bankregion auf Kosten der Bankbeamten herbeizuführen, und dazu gehören vor allem nicht die ständigen sozialpolitischen Attentate durch die Novellierung bestehender Gesetze oder gar die Landesverweisung armer, ausgesetzter Volksgegnossen. Zu wahrhaft konstruktiver Arbeit rechnen wir nicht ein Feiertagsgesetz, das nur konfessionellen Prestigebedürfnissen, aber in keiner Weise der Wirtschaft und der Arbeiterklasse Rechnung trägt, sondern unter Arbeiten wirklich konstruktiver Art meinen wir großzügige Arbeitsbeschaffung, erfolg-

reiche Handelspolitik, glückliche Durchführung einer inneren Anleihe und wirtschaftsfördernde Kredit- und Zinsfußpolitik, eine die Quellen und die Untkosten der österreichischen Überverwaltung gründlichst beseitigende Verwaltungsreform, ein zweckentsprechendes Bankengesetz und vor allem auch eine zupackende, auf das Ganze gehende Bodenreform. Unter konstruktiver Arbeit von Regierung und Parlament verstehen wir die zielbewußte Wiedererweckung des Vertrauens der Bevölkerung zu einer objektiven Verwaltung und Justiz, die systematische Stärkung und Festigung aller demokratischen Einrichtungen und nicht zuletzt die Verankerung der Verfassung als eines unerschütterlichen Bollwerkes inmitten aller Bewegungen und Bestrebungen. Unter konstruktiver Arbeit von Parlament und Regierung meinen wir schließlich die zeitgerechte Durchführung zeitgemäßer Reformen auf dem Gebiete des Rechtes, den gesicherten, vom Geiste wahrer Humanität getragenen Ausbau der gesamten Sozialpolitik und vor allem die endliche Inkraftsetzung der Alters- und Invaliditätsversicherung. (*Beifall links.*)

Der Sinn aller Gemeinschaft ist es, den einzelnen vor physischem und moralischem Untergang zu bewahren. Für diese primitivste und fundamentalste Aufgabe der Gemeinschaft müssen die Mittel unter allen Umständen vorhanden sein, müssen sie unter allen Umständen aufgebracht werden, sonst verliert die Gemeinschaft ihren Sinn und damit auch die Grundlage für ihren Bestand. Wer Christentum und Demokratie richtig versteht, der wird sich dieser nicht nur politischen, sondern auch sittlichen Auffassung anschließen. Daß wir Sozialisten solche Ziele verfolgen und dafür unsere ganze geistige, organisatorische und, wenn es sein muß, auch physische Kraft zum Einsatz bringen wollen und bringen werden, dieser Versicherung bedarf es nicht erst. Das kranke Deutschland, das heute unter pseudosozialistischer Flagge von nationalistischen Phrasen und pathologisch zu deutenden Abenteuern und den feudalen sowie großkapitalistischen Geschäftsträgern der Restauration einer Rostkur unterzogen wird, an der es — wer kann es sagen? — möglicherweise zugrunde gehen wird, soll uns ein warnendes Beispiel dafür sein, daß man die latente Bürgerkriegsgefahr rechtzeitig bannen muß, daß man sich schwer an den Interessen unseres Volkes versündigt, wenn man mit dieser Gefahr spielt und mit ihr kokettiert.

An uns Sozialdemokraten liegt die Schuld nicht, daß bisher die innere Abrüstung nicht gelungen ist. Von uns ist dem Minister Bachinger keine höhnende Antwort auf seinen Abrüstungsvorschlag entgegengesungen. Wir waren bereit. Wer die geistige und seelische Lage der Jugend von heute kennt — über ihre wirtschaftliche Situation bedarf es der Worte nicht — der wird zugeben, daß es hoch an der Zeit ist, der Gewaltpsychose einen Damm zu setzen.

Unser Volk ist in schwerer Not. Gewaltige Aufgaben gäbe es zu lösen, Aufgaben von unerhörter Dringlichkeit und Verantwortung. Die derzeitige Regierung wird sie nicht lösen, da sie keine Mehrheit besitzt, wirtschaftlich versagt und die politischen und sozialen Spannungen in diesem Staate auf die Spitze getrieben hat. Eine solche Regierung kann unser Vertrauen nicht genießen und kann daher unsere Stimmen für das Budget, das ihr Budget der Impotenz und der Ausdrück ihrer Politik der Reizungen ist, nicht bekommen. Das arbeitende Volk Österreichs ist nicht unbescheiden. Es will nur Frieden, Arbeit und Brot. Die derzeitige Regierung konnte ihr das alles nicht geben. Wir legen ihr nahe, daraus die Konsequenzen zu ziehen. *(Lebhafter Beifall links.)*

Streckerwitz: Hohes Haus! Ich gedenke, in das Pathos meines Herrn Vorredners nicht einzustimmen, sondern ich halte die Zeit für zu ernst und zu schwer, um mit immer wiederholten, aber nicht neuen und verstärkten Beweisen Dinge vorzubringen, die hier schon oft erörtert worden sind. Die ganze Argumentation der Opposition besteht immer darin, daß an allem Übel in der Welt die Regierung und die Mehrheitsparteien schuld seien. Sie übersieht, daß in diesen zehn Jahren seitens der Opposition ununterbrochen und ohne Rücksicht auf die bestehenden Gefahren und Schwierigkeiten uns Hemmungen entgegengestellt wurden, die nur sehr schwer überwindbar waren.

Ich wünsche der Regierung kein Lob auszudrücken. Das ist nicht notwendig. Auch ich habe Kritik zu üben an dem, was in den letzten zehn Jahren hier geschehen ist, nicht aus üblem Willen, sondern unter dem Druck der Entwicklung. Aber, hohes Haus, es muß ja doch seinen Grund haben, wenn in der Bevölkerung heute gegen das Parlament eine so ungeheure Mißstimmung herrscht. Man soll mir doch nicht kommen und sagen, daß alle diejenigen, welche das Parlament anerkennen, recht haben, und alle diejenigen, die unzufrieden sind, unrecht haben. Das ist nicht haltbar. Das war vielleicht haltbar in einer Zeit, wo diese Kritik geringer war, aber heute, bei der Ausbreitung, in der wir sie täglich hören und sehen, kann das nicht gelten. Das kommt daher, weil das Volk nach und nach sieht, daß keine Not groß genug und keine Sachfrage wichtig genug ist, als daß sie nicht immer wieder in den Mittelpunkt der demagogischen Agitation geschoben würde, selbst dann, wenn das eigene Volk, selbst dann, wenn die eigenen Anhänger dadurch zu schwerem Schaden kommen. Der Anlaß zu solchen Vorbringungen ist nicht die Wahrheitsfunde, sondern die Erzielung oft kleiner taktischer Vorteile für Stunden und Tage; der Anlaß zu solchen Reden ist die Herabsetzung des Gegners und ist vor allem die Störung einer jeden Regierung bei ihrer so schwierigen Tätigkeit, wobei man auch von Woche zu Woche verfolgen kann, daß

je nach vermehrter oder verminderter Anpassung an die Wünsche der Opposition der Druck leichter oder schwerer, der Widerstand heftiger oder schwächer wird. Und das sieht das Volk in allen seinen Teilen, das ist die Ursache, warum immer mehr und nicht die schlechteren, sondern gerade die besseren Menschen uns die Anerkennung versagen, die sie für uns haben könnten, wenn es anders wäre. Es ist doch heute so, daß ein Minister, nicht etwa weil er nichts könnte und nicht das Beste wollte, sondern deswegen keine Achtung haben kann, weil von dem Tage seines Amtsantrittes an alles versucht wird, seine Autorität herabzusetzen. Ich möchte das mit der Tätigkeit eines Feuerwehrmannes vergleichen, der bei einem Großbrande löscht und arbeitet und keinen Schutz bekommt, sondern den man ruhig anschießen kann und bei dem jeder berechtigt ist, ihm statt Wasser Benzin in sein Reservoir hineinzugießen. Das ist heutzutage die Lage einer Regierung und eines Ministers.

Ich habe die Absicht, mich hauptsächlich mit der Privatwirtschaft zu befassen, möchte aber doch einige Worte vorausschicken über die Wirtschaft des Bundes und muß dabei ausdrücklich betonen, daß, wenn Kritik dabei ist, nicht die letzte Regierung allein diesbezüglich maßgebend sein kann, auch nicht die früheren Regierungen, sondern die Verhältnisse, unter denen sie politisch und wirtschaftlich arbeiten mußten, die ewigen Störungen, denen sie ausgesetzt waren, und die sachlichen Schwierigkeiten. Die erste Aufgabe der Budgetdebatte sollte die sein, nicht nur von der Aufbringung der Mittel und von ihrer Verwendung zu reden, wie es immer geschieht, sondern es sollte, wenn die Bilanzierung des Budgets hergestellt ist, gefragt werden: Ja, wo kommen die Mittel her? Ist es für die Bevölkerung noch tragbar, sie beizusteuern oder nicht? Davon, meine sehr geehrten Frauen und Herren, hört man im Budgetausschuß sehr wenig. Es wird gefeilscht, es wird gefordert. Es werden Minderheitsanträge eingebracht und Forderungen demonstrativ hingestellt, die bei tatsächlicher Erfüllung das Budget ganz außer Rand und Band bringen würden. Und zu gleicher Zeit werden die Mehrheitsparteien vor der Bevölkerung damit belastet, daß sie unfreundlich gegen die Beamten und asozial usw. sind. Nach meiner Auffassung ist es nicht so wichtig, ob die Ausgaben mit den Einnahmen im Budget übereinstimmen, als ob die Auflagen der Tragfähigkeit der Wirtschaft entsprechen, ob es möglich ist, die Mittel hereinzubekommen, ohne die Wirtschaft zu zerstören. Dem ist heute leider nicht so. Geradezu stufenmäßig widelt sich die Angelegenheit so ab: Zuerst wird das Kapital weggesteuert, die zweite Stufe ist Verschuldung und Zinsendruck, die dritte Stufe ist die Konkurrenzunfähigkeit, die vierte Stufe ist der Zusammenbruch. Und dann setzt die Kritik ein über die Unfähigkeit der Wirtschaftsführer, über die Unfähigkeit des Parlaments usw. Aber die Arbeitslosen, die durch diese Über-

steuerung um ihr Brot, um ihre Existenz kommen, die wissen nicht, wer daran schuld ist. Sie wissen nicht, daß derselbe Gulden zehnmal verteilt worden ist und daß man nur durch eben die Überlastung, die von allen Seiten gewünscht worden ist, die Fabriken endlich leer gemacht hat. Das erfahren die Leute nicht, das steht nicht in den Zeitungen, um diese Wahrheit werden sie betrogen.

Die Einnahmen des Bundes, Hoheitsverwaltung, haben im Jahre 1925 985 Millionen und im Jahre 1931 1581 Millionen betragen. Sie haben also eine Steigerung um ganze 60 Prozent erfahren. Wenn man sich erinnert, wie schwer es gewesen ist, im Budgetausschuß einzelne Ersparungen durchzusetzen, welcher Widerstand dabei zu überwinden war, muß man sich fragen, wie es möglich ist, von einer engherzigen Budgetierung zu sprechen angesichts einer so außerordentlichen Zunahme der Einhebungen.

Die Produktionskosten setzen sich mit mathematischer Genauigkeit zusammen aus den Materialkosten, die nicht beeinflussbar sind, aus den Steuern und Lasten, aus den Zinsen, die wir nicht ablenken können, und schließlich aus Löhnen und Gehalten. Wenn Steuern, Lasten und Zinsen steigen und die Materialkosten stabil bleiben, so kann nichts anderes folgen, als daß zum Schluß die Löhne nicht mehr voll ausgezahlt werden können. Ich spreche damit nicht für den Lohndruck — ich will Ihnen dieses Argument gleich von Haus aus wegnehmen —, sondern ich will nur sagen, daß diese drei Posten unfehlbar die Lohnmasse reduzieren und entweder mit einer Lohnsenkung enden oder mit einer Ausschaltung von Arbeitern aus dem Betriebe, die dann als neue Armee gegen die Regierung herangeführt werden mit der Behauptung, daß sie die Schuld daran habe, daß die Wirtschaft stöck. Gerade die arbeitsintensiven Betriebe, das heißt diejenigen, bei denen eine hohe Lohnquote vorhanden ist, sind in Österreich mit 70 bis 75 Prozent des Gewinns besteuert, und wenn man sich vor Augen hält, daß es wirkliche Gewinne, ausreichend zur Fortführung und Erneuerung des Betriebes, nicht mehr gibt, sondern daß es sich zumeist um fiktive Steuererwinne handelt, so kann man sich vorstellen, daß immer mehr und mehr das Kapital aufgezehrt wird, daß die Betriebe nicht mehr weitergeführt werden können und immer mehr Arbeitslose auf die Straße hinausströmen. Das ist die Hauptgrundlage der Arbeitslosigkeit und nicht die Untätigkeit der Regierung.

Die Senkung der unproduktiven Kosten im Staate, in den Ländern und in den Gemeinden ist nicht durch Abbau allein zu erzielen. Wir haben gesehen, daß durch den Abbau weder die Anzahl der Angestellten noch die Anzahl der Pensionisten noch die Kosten zurückgegangen sind. Notwendig ist eine Verwaltungsreform. Aber es ist ja nicht so, daß die Regierung die Verwaltungsreform nicht machen will, sondern es sind

ungeheure Widerstände da, die nur überwunden werden könnten, wenn das ganze Haus einheitlich den Willen zeigen würde, an der Sache mitzuarbeiten. (*Beifall rechts.*) Was haben wir davon, wenn die einen von Dezentralisation reden und die anderen zurückschießen und von den hohen Kosten der Zentralbureaufkratie sprechen? Da wird mit diesen Argumenten hin und her und her und hin geschoben, und an der Wahrheit geht man vorüber. Tatsache ist, daß für Österreich die Zentralisation der Verwaltung nicht geeignet ist. Wir erblicken in den Ländern nicht willkürlich gestaltete Gebiete, sondern historisch gewachsene Gebiete, und ich sehe wirklich nicht ein, warum die Sparsamkeit in einem Gebiete größer sein sollte, wenn es heute einen anderen Namen als Land bekäme. Denn auch in anderen Staaten, wo es keine Bundesländer gibt, gibt es Kreisverwaltungen mit genau denselben Bestimmungen und mit genau den gleichen Kosten.

Notwendig ist es allerdings, ein Wort über die Gemeinden zu sagen. Da kann man nicht umhin, festzustellen — man darf gewiß nicht generalisieren, es ist auch nicht richtig, nur bestimmte Gemeinden herauszunehmen —, daß man in den Gemeinden lange Zeit hindurch von einer Art Größenwahn hat sprechen können. (*Zustimmung rechts.*) Es ist ja klar, daß einzelne Personen, deren Macht und Einfluß plötzlich für einen Arbeitsbereich entscheidend geworden ist, sich sozusagen ausleben wollten, und es ist auch nicht schlecht gewesen, wenn es in einem gewissen Maß geschah. Aber schauen Sie sich an, wie einzelne Gemeinden heute dastehen. Sie haben heute Schulden von einer Höhe, die früher für ein ganzes Land exorbitant und furchterregend gewesen wären. Wir haben in der Jugend auch Schulen gehabt und haben einiges darin gelernt. Aber wir hatten keine Prachteinrichtung, sondern eine einfache zerschnittene Schulbank, hatten Früh- und Nachmittagsunterricht, hatten gute Lehrer und ich möchte fast sagen, wenn ich das, was die Jugend heute weiß, mit dem vergleiche, was wir wußten und wissen mußten, schneiden wir nicht schlecht ab. (*Zustimmung rechts.*)

Es kommen auch noch andere Dinge in Betracht. Es ist gegen Reinlichkeit, Errichtung von Bädern, Pflege der Volksgesundheit gewiß nichts einzuwenden. Aber wenn in manchen Gebieten jede Gemeinde sich genötigt fühlt, Schwimm- und Strandbäder zu errichten und dann natürlich mangels genügender Einnahmen in die größten Schwierigkeiten kommt, so ist das nicht Unternehmungslust, sondern Größenwahn. Es ist heute ja so, daß man von Wien auf den Semmering kommen kann wie der Sack auf der Fischleiter, weil man von einem Bad ins andere springen kann, ohne sich anzuziehen. (*Lebhafte Heiterkeit rechts. — Stika: Dalachen Sie! So vertreten Sie Fremdenverkehrsinteressen!*) Ich möchte bezüglich des Fremdenverkehrs ... (*Anhaltende Zwischenrufe Stika.*)

Präsident Dr. **Ramek**: Herr Abg. Stika, Sie haben nicht das Wort.

Streeruwitz (fortfahrend): ... dem Herrn Kollegen Stika, mit dem ich auf anderem Boden ganz einträchtig zusammenarbeite, doch antworten, ... (Fortdauernde Zwischenrufe. — Hölzl: Sie möchten am liebsten Spielbanken bauen!) Meine Herren! Wenn Sie glauben, mich auf diese Art zu überschreien, werde ich immer so lange warten, bis Sie fertig sind.

Ich möchte nur konstatieren, daß auch früher ein Fremdenverkehr in Österreich war, ohne diese Einrichtungen, und daß er sehr zufriedenstellend funktioniert hat.

Ein zweiter Umstand ist folgender: Gut, man kann sich irren, man kann Fehler begehen, es sind die Ertragsanteile kleiner geworden, aber auf einmal, vor zwei Jahren, kam plötzlich der Wunsch nach Sanierung der Gemeinden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber um der Mehrheit zu schaden, um die Landesregierungen und die Bundesregierung unter Druck zu setzen, hat man in einem solchen Maße „Not“ geschrieben und einen solchen Lärm mit der Not der Gemeinden geschlagen, daß das Papier, welches die Möglichkeit der Entschuldung geboten hätte, die Kommunalobligationen der Österreichischen Hypothekenanstalten, so weit gekommen ist, daß es keinen genügenden Markt mehr findet. Dadurch hat man die Entschuldung der Gemeinden der Demagogie, dem Schreien und Lärmen zum Opfer gebracht.

Nun möchte ich in diesem Zusammenhange ein Wort über die Bundesbahnen sprechen. Es ist Tatsache, daß das Defizit für die Bundesbahnen eine außerordentlich wichtige Rolle spielt. Im Vordergrund dieser Frage steht zur Zeit die Autobuskonkurrenz und das Kohlenmonopol. Das Kohlenmonopol wird von der Wirtschaft, insofern ich sie hier zu vertreten habe, grundsätzlich abgelehnt. Wir glauben nicht daran, daß eine Bureaucratie imstande wäre, tatsächlich jene Erfolge zu erzielen, die wir für die Kohlenversorgung erwarten. Aber ein Moment muß bei diesem Anlaß doch erwähnt werden. Es ist die Tatsache, daß die Kohle in Österreich nicht billiger geworden ist in dem gleichen Zeitraum, in dem der Preis der Kohle in England sich um 30 Prozent ermäßigt hat. Das zweite ist, daß der Preisvergleich für die polnische Kohle bei uns und anderwärts ein ganz merkwürdiges Ergebnis zeigt: nämlich daß Österreich, unser kleines Land mit seiner notleidenden Wirtschaft, die Exportprämie für die Lieferung Polens nach anderen Ländern zu bezahlen hat. Man bekommt heute über Triest polnische Kohle zu denselben Preisen wie auf dem kurzen Wege über die Tschechoslowakei, und es ist Tatsache und überprüft, daß der Unterschied zwischen dem Kohlenpreis in Schweden und Österreich per Tonne für die gleiche Qualität 20 Franken zu unserem Nachteil ausmacht. Wir wissen nicht, ob wir zu einem Kohlen-

monopol oder zu irgendeiner anderen Organisation kommen werden, aber es muß von dieser Stelle aus gesagt werden, daß der Zustand, daß unser Land die Kosten für die Exportprämien eines fremden Staates nach dessen Nachbarstaaten refundiert, unerträglich ist. Man wird diesen Zustand dadurch beseitigen müssen, daß wir wesentlich besser, wesentlich positiver und kräftiger unser bezügliches Interesse werden zu vertreten haben als bisher.

Der Streit um die Konkurrenz zwischen Bahn und Autobus besteht nicht in Österreich allein. Es ist selbstverständlich, daß die Zustellung von Haus zu Haus und die Personenbeförderung von Platz zu Platz angenehmer und rascher vor sich geht als die Führung auf kurzen Strecken mit der Bahn. Im allgemeinen wird aber der Entfall für die Bahn durch den Kraftwagen etwas überschätzt. Ich glaube, daß der Entfall nicht mehr als 2 Prozent bis höchstens 5 Prozent ausmacht. Man beschäftigt sich auch im Ausland mit dieser Frage, und es gibt wohl nur das eine Mittel, daß man den Verkehr den neuen Verhältnissen anpaßt. Es ist wohl wahr, daß die Verbesserung des Automobils, die Raschheit des Verkehrs der Beschaffenheit der Straßen und ihrer Erhaltungsmöglichkeit vorausgeeilt ist. Nun, daran denkt man heute noch gar nicht. Die Bahnen liegen verlassen und die Straßen werden im höchsten Maße benutzt. Das verursacht wesentliche Kosten für den Bau der Straßen, und sie können nicht mehr entsprechend instand gehalten werden. Aber trotzdem wird es auf die Dauer unmöglich sein, die Entwicklung zurückzuschrauben. Es wird nichts anderes übrigbleiben, als den Güterfernverkehr und den Massenverkehr der Bahn zu überlassen und den Lokalverkehr und den Stückgüterverkehr immer mehr zu automobilisieren, wobei ich der Meinung bin, daß die schon vorhandenen Geleise mit den heutigen technischen Mitteln, zum Beispiel Triebwagen und Schienenautos, für diese Abänderung durchaus geeignet sind. Es gibt leider keine zielführende Diskussion über diese Fragen, sondern nur die scharfe Vertretung einander immer genau entgegengesetzter Standpunkte. Auf diese Art wird es nicht gehen; es wird notwendig sein, sich mit der Angelegenheit sachlich und ernst zu befassen.

Hohes Haus! Wichtiger als das Budget ist das Leben, wichtiger als die Form ist die Sache. Bevor ich aber auf die Wirtschaft eingehe, halte ich mich für verpflichtet, zugunsten des Mannes, der heute die Finanzverwaltung dieses Staates führt, ein gutes Wort zu sagen. Unser Kollege Dr. Weidenhoffer gehört zu den ruhigsten, sachlichsten und arbeitssamsten Menschen, die je auf diesem Posten gewesen sind. Es ist ein Unrecht, wenn man ihm bei jeder Gelegenheit Schwierigkeiten in den Weg legt, wenn man ihm Vorwürfe macht und wenn sich sogar in der Presse hin und wieder ein Spott an diesen Mann herannähert, den er nicht verdient. Ich glaube, daß der größte Teil des Hauses mit mir einverstanden ist, wenn ich unserem Finanzminister das

volle Vertrauen und den Dank für seine Arbeit und seine Gebahrung ausdrücke. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Die Wahrheit über das Wirtschaftselend erstirbt in Papier und Gerede. Es ist heute alles so verdunkelt, alles so unklar gemacht, so verlogen, daß es fast nicht mehr möglich ist, den Kern der Wahrheit herauszuschälen. Wir haben da das Geschwätz über Krise und Konjunktur. Wir haben in Österreich eine eigene Sekte, das sind die „Anfurbler“. *(Heiterkeits rechts.)* Jeden Morgen kommen mit der Post 50 Kilogramm Papier, auf denen der gesamte in der Welt derzeit aufstreibbare Idiotismus auf Flaschen abgezogen ist. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Dazu kommt die Demagogie und schließlich und endlich — sagen wir es offen — der theoretische Dünkel und das Halbwissen. Nicht nur, daß die Theoretiker heutzutage nach der Blamage, die sie mit der Beurteilung der Wirtschaft in den letzten 20 Jahren erlitten haben, etwas vorsichtiger sein sollten, beschäftigen sich auch heute viele Menschen unter wissenschaftlicher Maske mit Dingen, von denen sie die Grundlage noch bei weitem nicht gelernt haben und auch nicht mehr lernen können. *(Frau Freundlich: Sie haben auch ein Buch geschrieben!)* Ich habe mich nie als einen Wirtschaftsführer erklärt, ich habe nie behauptet, daß ich alles verstehe, sondern habe 30 Jahre lang in meinem Beruf ordentlich gearbeitet, dabei einiges gelernt und diese Kenntnisse in zehn Jahren für die Wirtschaft ohne Interesse und Vorteil für mich genutzt und für andere verwendet. *(Lebhafter Beifall rechts. — Zwischenrufe links.)* Werden Sie nicht nervös! Ich haben Ihren Redner auch nicht gestört, ich habe ihn gar nicht angehört, lassen Sie mich also auch in Ruhe sprechen.

Es ist gar nicht so schwer, die Hauptursachen der Krise herauszufinden. Ich fange einmal, obwohl ich kein Sozialdemokrat bin, mit den Menschen an und sage: Die Menschen gehen vor allen andern Dingen, denn die Wirtschaft ist um der Menschen wegen da und nicht umgekehrt. In diesem Sinne ist die Arbeitslosigkeit, die heute herrscht und die keine Pachtung irgendeiner Partei ist, sondern die jeder Mensch mitfühlt, der das Herz am rechten Fleck hat, das Grundübel des Ganzen.

Wodurch ist sie entstanden? Sie ist erstens entstanden durch die Massierung, durch die Zusammenziehung der Menschen in der Stadt, sie ist weiter dadurch entstanden, daß durch eine übertriebene, überstürzte Mechanisierung diese Menschen im Arbeitsprozeß überflüssig geworden sind. Und nun stehen sie hilflos da, und kein Mensch sieht und weiß noch, wie wir dieses ungeheure Übel beheben können; Sie behaupten zwar, Sie könnten es, aber Sie können es in Wahrheit ebenso wenig wie wir.

Das zweite ist der Warenverkehr. Es ist heute sehr billig, nach alten Schmökern Theorien aufzustellen, sich mit Lehrsätzen von Adam Smith usw. zu brüsten. Das haben wir auch alles gelernt, aber es hat uns, Gott sei Dank, den Wirklichkeitsinn nicht vertrieben. Wir

wissen alle, daß in der arbeitsteiligen Weltwirtschaft, in der differenzierten Weltwirtschaft, der weitestgehende Freihandel notwendig ist. Aber — ich werde noch darauf zurückkommen — Freihandel einseitig ohne Entgegenkommen der anderen ist kein Freihandel.

Das Geldwesen: Ich habe hier schon vor vielen Jahren, als die ersten Bankbrüche eintraten, mit dem Herrn Kollegen Ellenbogen, der heute auch noch hier sitzt, keinen ernststen Gegensatz darüber gehabt, daß die Schlamperie, die Spekulation, die sich in den letzten 20 Jahren im Geldwesen breitgemacht hat, zu verurteilen ist, daß sie einen großen Teil der Schuld an unserer Not trägt. Aber die Weltwirtschaft ist dadurch allein nicht ruiniert worden. Da gibt es eine einfache Formel und das ist die: Auf der einen Seite liegt das Geld und die Forderungen, auf der andern Seite liegen die Schulden. Es ist nicht möglich, wenn der erste Partner keine Waren annehmen will und wenn der zweite kein Geld zum bezahlen besitzt, den Schuldenausgleich zu machen. Infolgedessen bricht das ganze Währungssystem und die ganze Weltwirtschaft zusammen, und Österreich hat wahrhaftig kein Mittel, um diese Dinge von hier aus irgendwie zu beeinflussen oder zu verbessern.

Zum Schluß möchte ich doch noch davon reden, daß noch eine schwere geistige Krise da ist, die den Aufbau stört. Ich werde mich hüten, mich auf ein Gebiet zu begeben, wo ich voraussichtlich von Ihrer Seite den schärfsten Widerspruch geradezu herausfordern würde. Ich möchte aber eines sagen: Wenn heute auch in Rußland nicht etwa Freiheit und Ordnung, sondern ein ganz scharfes gewalttätiges Regime herrscht, wie es niemals unter dem Zariismus gewesen ist, so ist das ein Beweis dafür, daß es mit gewissen Methoden der Demokratie, die die Zügel am Boden schleifen lassen, absolut nicht mehr geht. Wenn heute da und dort Diktaturen emporkwachsen, Diktaturen von größerem oder geringerem Wert, mit Erfolg und ohne Erfolg, auch mit Unförm und Grausamkeiten und allen möglichen Mitteln, die wir nicht gutheißen, so kommt das daher, weil auch der einfachste Mensch heute fühlt, daß die Freiheit, die jedem erlaubt, das zu tun, was ihm paßt, absolut nicht die Art ist, wie man ein Volk hoch bringt, sondern die Art, wie man es der Auflösung entgegenführt und dem Zusammenbruch näherrückt.

Ich möchte mich jetzt mit der Arbeitslosigkeit befassen, ohne jede Demagogie, ohne Gegensatz auch gegen alle die, die sie vom anderen Standpunkt als größtes Übel unserer Zeit betrachten. Auch da kann man die Wahrheit finden, es ist nicht so schwer, man muß nur wollen.

Sehen wir uns erst einmal an, welche Dinge da störend wirken, bevor wir uns positiv mit Vorschlägen an die Sache machen. Da ist das Anfurbelungsgeschrei und das Konjunkturerede. Man zeichnet Kurven, spricht vom Trend und allen möglichen Dingen, man konstruiert zahllose Tabellen und sieht nicht, daß alles, was früher Krise und Konjunktur geheißen hat, heute

tief unter dem Schutt des Zusammenbruches begraben liegt. Und da sind Adepten, die mit zerbrochenen Periskopgläsern aus dem Schutt herumschauen, ob sie nicht eine neue Wissenschaft ergründen können, die das Geschehende zu erklären vermag.

Konjunkturforschung! Ich will nichts gegen die Personen sagen, die nach Gesetzen der Krise forschen, aber mir kommen diese Personen manchmal schon so vor wie die indischen Fakire, die am Rücken liegen und sich selbst Sand in die Augen streuen. (*Heiterkeit rechts.*)

Bedauerlich ist, daß in den letzten Wochen in der Erörterung der Arbeitslosenfrage sich ganz merkwürdige Gegenätze herausgebildet haben. Nicht etwa aus dem Wunsch, das Übel rascher und sicherer zu finden und abzuschaffen. Die Gelehrten haben sich in einen wütenden Streit verbißen und sind im Begriffe, sogar klare Sachverhalte total zu verwirren. Es kommt ihnen gar nicht darauf an, Mittel zu finden, um wenigstens vorläufig bessernd zu wirken, sondern der große Streit geht jetzt darum, ob ein direkt zur Arbeit gebrachter Arbeitsloser noch einen oder anderthalb oder zweieinhalb sogenannte indirekte Arbeitslose mit hereinbringt. Und darüber werden spaltenlange Artikel in den Zeitungen geschrieben, spitzfindige Rechnungen angestellt. Dieses Gebahren kommt mir vor, wie wenn ein paar Leute angesichts einer ungeheuren Gefahr mit dem Rechenschieber herumturnen und auf diese Art die Länge einer notwendigen Schlauchlinie oder die Höhe eines Schutzdammes berechnen wollen, anstatt Wasser herbeizuschaffen, beziehungsweise eine drohende Flut abzuwehren. So sind die Sachen nicht zu machen.

Die Auffassung, man könnte über die Not der Arbeitslosen einfach hinweggehen, man könne nur von den schweren Kosten reden und die Fiktion aufrichten, als würden sich 500.000 Menschen in Österreich allein gutwillig der Not hingeben, ist untragbar für jedermann. Nicht nur vom Standpunkt des Christentums, das wir hier vertreten, sondern auch vom Standpunkt der Befriedung, die auf diese Art nicht erreicht werden kann. Die Menschen haben nicht 50 Jahre lesen, schreiben und denken gelernt, um es ruhig hinzunehmen, daß sie Jahr um Jahr beschäftigungslos und in Not dastehen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß das Recht auf Eigentum, welches ich heute noch behaupte, ein Korrelat hat: das ist das Recht auf Arbeit für den, der kein Eigentum besitzt und sich sein Brot verdient. Das hat aber mit den sozialen Lasten und mit gewissen kritischen Worten darüber gar nichts zu tun. Die sozialen Lasten haben eine Grenze insofern, als sie noch aus dem arbeitenden Vermögen aufbringbar sind. Wird diese Grenze überschritten, so wird nur eines erreicht: daß wohl die Arbeitslosen, die draußen sind, zur Not unterstützt werden, daß aber in den nummehr passiv werdenden Betrieben immer mehr arbeitende Menschen aus-

geschaltet und selbst arbeitslos werden, eine ganz unlösbare Gleichung, die auch mit Redensarten nicht ins reine zu bringen ist.

Ich habe da von einem sehr ruhigen, vernünftigen Mann ein paar Worte gehört, die ich mitteilen will (*Redner liest*): „Sogar die Arbeiterschaft hat sich in den letzten Jahren der Überzeugung nicht verschließen können, daß die Folge einer Wegsteuerung des Betriebskapitals Betriebsreduktionen und schließlich Betriebsstillstände sein müssen. Bestimmte Institutionen sollen von uns keineswegs angegriffen werden, aber die Möglichkeit, auch in Zukunft eine weitgehende soziale Befürsorgung zu haben, hängt davon ab, daß man wie ein ordentlicher Kaufmann rechnet: das wird eingenommen und das kann ausgegeben werden.“ (*Pick: Wer ist das? Ein Gelehrter?*) Lassen wir das sein, Herr Kollege! (*Pick: Aha!*) Nicht „*W*“, sondern ich bin Ihnen nicht Antwort und Rede schuldig. Sie selbst bringen immer so viele Zeitungsartikel und soviel verschiedene Notizen und Berichte für Ihre Reden hieher. Ich werde es Ihnen nachher sagen; aber ich kann es Ihnen auch hier gleich sagen: es ist der Herr Vizepräsident Bauer von der Handelskammer in Linz und kein Mammonist.

Meine Herren, auch der Vorwurf des Zahlungsunwillens der Unternehmerschaft gegenüber den sozialen Notwendigkeiten ist nicht richtig. Es gibt nicht nur große Mammonisten, von denen immer so viel gesprochen wird, es gibt auch eine Fülle von kleinen Leuten, die an der Zahlung der Beiträge genau so interessiert sind und sie genau so schwer aufbringen wie die großen Firmen. Da sind doch einige Ziffern darüber interessant, was in der Nachkriegszeit an diversen Steuern und Abgaben von der Wirtschaft aufgebracht worden ist. Wenn Sie immer der Wirtschaftsführung vorwerfen, daß sie unfähig ist, daß sie nichts leistet, so zeigen Ihnen doch schon diese Ziffern, daß dem nicht so ist, weil sie sonst diese ungeheuren Beiträge nicht hätte aufbringen können. Sie sind (*liest*): „Arbeitslosenunterstützung 2700 Millionen Schilling in den letzten zwölf Jahren, 117 Millionen Schilling an Altersfürsorge bloß in einem Zeitraum von fünf Jahren, an Beiträgen an die Arbeiter- und Angestelltenkrankenkassen nur 800 Millionen Schilling während sechs Jahren, im gleichen Zeitraum 234 Millionen Schilling für die Unfallversicherung und an die Pensionsanstalt, an Fürsorgeabgaben in der Zeit von 1925 bis 1930 440 Millionen Schilling, an Wohnbausteuer 223 Millionen Schilling, an Erwerbssteuer 380 Millionen Schilling, an Körperschaftsteuer 604 Millionen Schilling, an Einkommensteuer 1200 Millionen Schilling, an Warenumsatzsteuer 1700 Millionen Schilling usw., also rund 10 Milliarden Schilling im ganzen.“ (*Pick: Ist das alles verlorenes Geld?*) Das habe ich nicht gesagt, sondern ich stehe selbst auf dem Standpunkt, daß die sozialen Lasten nach Kräften getragen werden müssen. Ich wehre mich nur dagegen,

daß man bei jeder Gelegenheit, wenn ein Unternehmer nicht mehr weiter kann, es wagt, ihn als asozial zu bezeichnen und ihn mit allen möglichen wegwerfenden Namen zu belegen. Dagegen wehre ich mich. Man muß aber auch fragen: Wo sind den die vollen Ergebnisse und wo ist die absolute Sicherung der Begünstigten aus diesem Aufwande? Wir haben auf der einen Seite ein Budget, welches von Jahr zu Jahr, von Halbjahr zu Halbjahr nur mit der größten Mühe wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Wir haben das Land voll Unzufriedenheit. Niemand ist mehr mit dem zufrieden, worüber er verfügt. Wir haben eine große Anzahl von Krankenkassen mit einem schweren Defizit. Die Angestelltenversicherung hat für das Jahr 1933 ein Defizit von 9 Millionen. Es fällt mir nicht im Traume ein, zu hegen, aber wenn solche Lasten da sind und der Erfolg nicht erzielt wird, dann müßte der Mindergutwillige sagen, es ist etwas faul im Staate Dänemark, und der Gutwillige müßte sagen, eine Reform und eine Reorganisation ist notwendig. *(Beifall rechts.)* Das ist das mindeste, was verlangt werden kann.

Was die Beseitigung der Arbeitslosigkeit betrifft, so ist folgendes zu sagen: Man verlangt vom Staate, er solle Arbeit schaffen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Staat nicht nur bei uns, sondern auch anderwärts bewiesen hat, daß er zumeist nicht die volle Fähigkeit zur Durchführung großer Arbeiten hat, daß der Aufwand durch die Bürokratisierung steigt und daß nur zu oft der Erfolg hinter den Erwartungen zurückbleibt. Es ist auch ein Streit um die Methoden möglich. Die produktive Verwendung der Arbeitslosennittel ist gewiß zweckdienlich. Ich kenne aber selbst Fälle, in denen Fehlorganisation, die Heranbringung von falschen ungeeigneten Leuten, die Verweigerung des Leistungslohnes und Arbeitsverweigerung es so weit gebracht haben, daß zum Schlusse schwere Schadenersatzprozesse zu Lasten des Bauaufwandes geführt werden mußten. Man muß diese Dinge nicht leichtfertig machen, sondern sie sehr sorgfältig durchführen und überlegen.

Die ständige Arbeitszeitverkürzung ist ein noch besprochenes Problem. Ich erkläre ganz offen, daß die Vermehrung der Maschinenarbeit und die Verminderung der Anzahl der arbeitenden Hände unzweifelhaft dahin wird führen müssen, daß die Arbeitszeit verkürzt wird. Darum handelt es sich aber nicht allein; der Streit geht noch um ganz andere Dinge. Es ist nun einmal heute so, daß jede Ware ihren Preis hat. Wir sind von Österreich aus auf dem Weltmarkte infolge unserer geringen Erzeugung vielfach nicht mehr konkurrenzfähig. Es ist nicht möglich, in der gleichen Warenmenge einmal mehr und einmal weniger Lohn unterzubringen. Es bleibt also vorläufig nichts anderes übrig, als daß, wenn mehr Menschen an der gleichen Arbeitsmenge mitarbeiten sollen, für den einzelnen der Ertrag geringer wird. Das wird nicht zu beseitigen

sein, darüber können wir streiten, so lange wir wollen, die Rechnung ist stärker, und Sie werden es nicht durchsetzen. Es ist nur bedauerlich, daß auch hier wieder durch den ungeligen Streit und durch die Rechthaberei die Vernunft aufgehalten und gehemmt und eine bessere Arbeitsverteilung tatsächlich unmöglich gemacht wird.

Von der größten Bedeutung für geordnete Investitionen, für die Beschäftigung der Arbeitslosen ist die Geld- und Kreditfrage. Es ist ganz erstaunlich, daß jeden Tag Forderungen gestellt werden und Wünsche austauschen, man möge diese oder jene Arbeit machen, obwohl jedermann weiß, daß das Kapital nicht zur Verfügung steht und überhaupt nicht aufzutreiben ist. Auch da wird wieder mit der Wahrheit Schindluder getrieben und so getan, als würde die Regierung die Investitionen aus Bosheit gegen die Arbeitslosen, aus Schwäche oder Unkenntnis einstellen. Ich bin der Auffassung, daß eine Währungsanleihe, so bedauerlich es sein mag, für Investitionen nicht verwendet werden darf, denn die Folgen einer Zerstörung oder Nichtsicherstellung der Währung sind auch für die Arbeiter viel zu groß, um die vorübergehende Herausgabe von 100 oder 200 Millionen Schilling für diese Zwecke zuzulassen.

Anderer Meinung bin ich betreffend die innere Anleihe. Es ist in den letzten Wochen tatsächlich in Österreich eine wesentliche Geldverflüssigung eingetreten. Es ergibt sich die merkwürdige Tatsache, daß Geld von den Geldinstituten nicht mehr angenommen wird, weil die Möglichkeit zur gesicherten und entsprechend verzinsten Verwendung nicht mehr vorliegt. Unter diesen Umständen würde ich es für tunlich halten, daß bei uns, so wie in Deutschland, ein Teil der inneren Anleihe für ein Sofortprogramm verwendet wird. Und wenn wir wissen, daß in Deutschland 500 Millionen Mark, also rund 1000 Millionen Schilling, für diese Zwecke bereitgestellt werden sollen, so würden proportional in Österreich dafür 100 bis 150 Millionen Schilling entfallen, ein Betrag, mit dem sich schon einiges machen läßt. Man müßte aber sehen, daß nicht wieder Phantasierdinge angepackt werden, sondern ernste Sachen, die ihren Ertrag liefern. Das Rätsel, sich Geld auszuborgen, es ertraglos arbeiten zu lassen und die Zinsen schuldig zu bleiben ist noch nicht gelöst worden. *(Lebhafte Zustimmung rechts.)*

Über die Siedlung, die von großer Wichtigkeit ist, wird wohl in diesem Hause in der nächsten Zeit noch viel gesprochen werden. Es scheint, daß nur eines jetzt schon zu sagen nötig ist, daß nämlich auch in diesen Dingen viel Phantasie, Demagogie und auch manchmal Unordnung aufsteht. Es wäre sehr bedauerlich, wenn eine Frage von solcher Wichtigkeit, eine Lösung von dieser Bedeutung, die eigentlich die allein richtige ist, das ist die, in der Stadt überschüssige Menschen auf das Land zurückzuführen, durch eine schlechte Behandlung von Anfang an zu Schaden kommen sollte.

Es ist hier auch über die Projekte des Bundes gesprochen worden, über Investitionen zur Beschäftigung von Arbeitslosen und über das bekannte Projekt der Industrie. Zu diesem letzten Projekt möchte ich sagen: Die beste Verwendung von Arbeitslosen ist unbedingt diejenige, die tunlichst jeden Menschen in den Arbeitszweig zurückführt, in dem er die Arbeit gelernt hat. Auf diese Art läßt sich noch am ehesten eine gute Verwendung der Arbeitslosen und entsprechende Arbeitserfolge erzielen. Darauf sollte Rücksicht genommen werden, und darum sollte man das Projekt der Industrie nicht mit einem Federzuge abtun, für undurchführbar erklären, Einwände erheben, die nicht ernst erhoben werden können, sondern man soll von allen Seiten mit Ruhe und Ernst an die Sache herangehen und die Sache annehmen, auch wenn sie einmal von der anderen Seite kommt.

Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als würden gerade gegenwärtig die großen Kämpfe um das Gewerbe mich veranlassen, irgendwie Popularität zu suchen. Ich sage heute, daß viele Forderungen des Gewerbes berechtigt sind, daß aber die Wege, die jetzt gegangen, und die Mittel, die jetzt angewendet werden, nicht zum Ziele führen. Aber man kann manches, was heute geschieht, verstehen, wenn man die Dinge unvoreingenommen betrachtet. Ich möchte den Gewerbetreibenden von heute als Arbeiter mit allen Lasten des Arbeiters ohne dessen Errungenschaften definieren. Er arbeitet schwer ohne Rücksicht auf die Stundenzahl. Niemand stellt ihm Maschinen und Rohstoffe bei, er trägt allein das gesamte Risiko des Geschäfts, er muß eine strenge Lehre durchmachen, was bei vielen gemeingefährlichen Berufen auch intellektueller Natur nicht der Fall ist, seine Gehilfen sind betreffs öffentlicher Fürsorge besser gestellt als er selbst, und bei Mangel an Arbeit und im Alter ist er der Not ohne Schutz preisgegeben. So liegen die Dinge tatsächlich. Ich habe an einer Arbeitsstelle, wo ich mich betätige, täglich Gesuche von Menschen, die einstmals in einem Leben voll Arbeit gute Tage gesehen haben und die heute froh sind, wenn sie 20 oder 30 S einmal bis zweimal im Jahre bekommen können. Da habe ich gelernt, wie weit diese Not vorgeschritten ist. Um so trauriger ist es, daß auch da wiederum die Agitation sich der furchtbaren Not bemächtigt, daß Unsachlichkeit und Verhehung eingerissen sind und daß dadurch Dinge, die man für diese Erwerbsgruppen tun könnte, gehindert und zerstört werden.

Hiezu gehört der Schutz gegen die Niederkonkurrenzierung, die Fernhaltung unseriöser Elemente, die reinliche Scheidung der Befugnisse. Wenngleich man da auch sagen muß, daß zwischen den verschiedenen Gewerbebranchen diesbezüglich manchmal in einer Weise Krieg geführt wird, die besser unterbliebe. Wer den Streit zwischen Zuckerbäckern und Bäckern und den Streit der Schlosser und Schmiede mitmacht, muß sagen, es wäre vielleicht besser, wenn die Streitart begraben und die Gegensätze in Freundschaft ausgemacht würden.

Modernisierungsbethilfe: Es ist nicht wahr, daß nur die Großindustrie sich durch Verbesserungen in den Werkstätten helfen kann. In diesem Punkt muß ich wohl meinem Freunde, dem Finanzminister, einen bescheidenen Vorwurf machen. Es sind auch auf der linken Seite des Hauses Personen, die die Arbeit des Wirtschaftskuratoriums kennen und wissen, daß dort über allerlei wirtschaftliche Fragen von der größten Bedeutung, die für andere Gruppen mehr seitwärts liegen, viel gearbeitet wird. Wir hatten dort einmal eine staatliche Subvention im Betrage von 20.000 S. Gegenwärtig ist uns diese Subvention auf 2500 S heruntergesetzt worden. Ich will niemandem zum Abbau verhelfen, möchte aber die Menschen zählen, die in Österreich heute 2500 S beziehen und eine auch nur annähernd wichtige Arbeit leisten wie dieses Kuratorium. Mein Ersuchen ist vollkommen ergebnislos geblieben. Schriften, Arbeiten von ersten Gelehrten, von Menschen, die ihre Arbeitskraft umsonst zur Verfügung gestellt haben, müssen liegenbleiben, weil die Druckkosten nicht vorhanden sind. Wegen der gänzlichen Vernachlässigung eines Institutes, das vor einigen Jahren über Wunsch der Regierung mit vieler Mühe gegründet und aufgebaut worden ist. Dagegen muß ich mich stellen, und hier muß ich um Abhilfe bitten, wenn auch in bescheidenem Maße.

Entlastung von Steuern: Es ist richtig, daß mit gewissen Projekten, die generell die Siftierung aller Steuern oder die totale Vermeidung von Exekutionen verlangen, nicht gedient ist. Wenn man aber hört, wie oft es vorkommt, daß kleine Leute wegen ganz geringfügiger Beträge immer und immer wieder bedrängt werden und, obwohl sie auch die kleinsten Beträge nicht zahlen können, enorme Zinsen und Gebühren bis zu 24 Prozent der eigentlichen Schuldsomme leisten sollen, so muß man sagen, daß hier Fehlgriffe der Bürokratie vorliegen, die vom Minister mit autoritärer Hand geordnet werden müssen.

Mein Herr Vorredner hat sich des weiteren über die Handelspolitik ausgelassen und natürlich auch hier — wozu hat man eine Regierung? — die Regierung für alle Nachteile verantwortlich gemacht, die uns heute treffen. Da muß doch auch wieder versucht werden, die tatsächliche Situation klarzustellen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Arbeitsteilung in der Welt den Freihandel erfordert — Grundsatz 1. Grundsatz 2 lautet: einseitiger Freihandel ist kein Freihandel; er ist unmöglich. Man kann Waren nur mit Waren bezahlen, weder mit Geld noch mit Schulden. Die dritte Ursache, aus die uns heute Lasten erwachsen, ist die Umstellung und Änderung in der ganzen Welt, über die die Redner von der Opposition sich wenig Sorgen machen. Wir haben die amerikanische Prohibition, wir haben die Absperrung Rußlands von Europa, und wir sehen, daß seit Ottawa das geradezu vornehmste Land des Freihandels in die Reihe der Schutzzöllner übergegangen ist. Es ist natürlich vollkommen ausge-

schlossen, daß unser kleiner Glendstaat mit all diesen Leviathans anbindet und einen Freihandel durchseht. Er wird eben einfach nicht in das betreffende Land hineingelassen.

Die Freihändler sind auch Anhänger der starren Meistbegünstigungsklausel. Diese Meistbegünstigung war notwendig, um den Zustand herbeizuführen, der vor dem Kriege bestanden hat, das heißt den internationalen, den kontinentalen Handel erstmalig einzurichten. Heute ist die Meistbegünstigung nur ein schweres Hindernis der Wirtschaftsaufrichtung, und wenn immer in allen möglichen Konferenzen davon gesprochen wird, sie müsse leben bleiben so muß man dazu sagen: Es wird Schindluder getrieben auch mit diesem Problem, es wird von der Wahrheit abgelenkt und versucht, die Schuld anderen zuzuschreiben. Speziell auf Österreich möchte ich bei diesem Punkte aber doch noch zu sprechen kommen. Österreich, beziehungsweise die alte Monarchie war ein Land der idealen Autarkie. Es war nicht Schwerfälligkeit der Unternehmer, sondern es war die Möglichkeit des naturgemäßen Austausches der verschiedenen Produkte, wenn wir nicht sehr auf den Weg des Exports gegangen sind. Wenn uns das heute zum Vorwurfe gemacht wird, muß man sagen: Export ist nie ein Vollgeschäft, Export ist größtenteils ein Verlustgeschäft. Bedenken Sie das Beispiel der polnischen Kohle, wo mit solchen Verlusten nach Norden exportiert wird, daß wir große Aufgelde bezahlen müssen, um auf diese Weise die Verluste zu decken. Österreich hat unwillkürlich nach dem Kriege die vage Hoffnung gehabt, daß die Nachfolgestaaten wenigstens so vernünftig sein werden, sich zu sagen, daß der Abbruch der politischen Bindungen nicht notwendigerweise den Abbruch der wirtschaftlichen Bindungen zur Folge haben muß. Ich bin vor acht Jahren auf dieser Stelle gestanden und habe vorausgesagt, was kommen wird. Ich kann aus den Zeitungen nachweisen, daß ich zum Schlusse meiner Rede gesagt habe: Wenn Österreich überall ausgesperrt wird, wenn es nirgends Eingang erhält, wenn man Zollmauern gegen uns aufrichtet — an wen sollen wir denn verkaufen? Das haben die Österreicher und besonders die Wiener nicht wahrhaben wollen. Da mußte erst ein Engländer mit einem Spielzeug aus Pappendeckel kommen und mußte ihnen ad oculos die hohen Zollmauern vorführen und dann haben sie es geglaubt. Aber die logische Folgerung daraus, daß wir eingekreist sind, daß wir ja gar nicht von innen heraus die anderen einkreisen können, hat niemand gezogen. (*Zustimmung rechts.*) Wie war denn die Sache? Man hat zuerst die Währungsgemeinschaft mit uns zerbrochen, dann hat man nicht nur mit höheren Zöllen, die scharf valorisiert worden sind, sondern mit indirekter Prohibition gearbeitet. Es ist in anderen Staaten viel leichter gewesen, wenn irgendwo hohe Zollmauern errichtet worden waren, sich's, wie man in Österreich zu sagen pflegt, zu richten und durch Frachtnachlässe und sogar Nachzahlungen den Export

zu uns herein zu forcieren, wenn es notwendig gewesen ist.

Man spricht ununterbrochen von dem Übel der Einfuhrverbote. Ich bin vollständig davon überzeugt, daß die Einfuhrverbote unnatürlich und schädlich sind. Aber wie kommt es, daß scheinbar niemand weiß, daß sich die Länder im Nordosten und Osten durch Einfuhrverbote viel früher ganz von uns abgesperrt haben, und zwar oft so über Nacht, daß manchmal angenommenen Exportaufträge, die schon in Kisten verpackt und bereitgestellt waren, wieder zurückgerufen werden mußten, weil sie die Grenze nicht mehr passieren konnten? Und wenn man heute so tut, als ob die anderen Repressalien gegen unser Regime üben würden, so muß man wohl sagen, das gehört zu den Dingen, die nur denkbar sind, weil es in Österreich eine Masse sogenannter Zuständiger gibt, deren Interessen aber nicht hier wurzeln, sondern ganz draußen (*Beifall rechts*) und die niemand erkennt, weil sie sich im Privatleben so gebärden, als wären sie Wiener und Österreicher. Damit soll gegen den legitimen Import und Export und den legitimen Transithandel gar nichts gesagt sein. Der alte Wiener Handel leidet ja selbst darunter, weil er diese Methoden, die von gewissen Ausländern angewendet werden, nicht kennt und nicht mehr erlernen kann und dadurch unter die Räder kommt.

Man erhebt die größten Vorwürfe gegen die österreichischen Handelsklemmen, man liest Ziffern vor über das Handelsbilanzpassivum. Wir haben vorhin von Herrn Dr. Koref von der Schrumpfung der Ausfuhr gegenüber den Vorjahren, von der Steigerung des Einfuhrüberschusses, von der Stabilität der passiven Handelsbilanz gehört. Ja, es ist merkwürdig, genau so viel Prozente, nämlich 30 Prozent, wie der Rückgang des österreichischen Außenhandels beträgt, beträgt auch die Schrumpfung in der ganzen Welt, und es ist wirklich sonderbar, unserem kleinen, hilflosen Lande zuzumuten, daß wir von hier aus Dinge besser machen sollten, die zu bessern allen großen Staaten der Welt und insbesondere allen Staaten Europas nicht gelungen ist. Warum? Weil die Weltwirtschaft andere Wege eingeschlagen hat, weil ein Kurzschluß eingetreten ist, der Europa und damit auch Österreich und die anderen Staaten links liegenläßt. Und es ist fraglich, ob wir jemals wieder mit der alten Höhe in den Güterkreislauf eingeschaltet werden können.

Nun noch einige wenige Worte zu den Fragen der Finanzwirtschaft nur deshalb, weil sie der Vorredner erwähnt hat. Auch der finanzielle Zusammenbruch ist eine Welterscheinung, auch die Bankbrüche in anderen Ländern sind groß wie bei uns, sie sind auch anderwärts geradezu epidemisch aufgetreten. Ich mache die österreichische Regierung für die Bankbrüche in aller Welt folgerichtig nicht verantwortlich. Auch nicht für die in Deutschland. Aber ich bin nicht so engstirnig, um nicht die Fehler zu sehen, die sowohl draußen als auch bei uns in der Richtung geschehen sind. Man muß tat-

sächlich sagen, daß vor dem Zusammenbruch eine Überspannung der Spekulation, eine Fehlwertung der Lage stattgefunden hat, die viel von außen her dazu beigetragen hat, daß der Zusammenbruch auch bei uns so schwer geworden ist. Die Verwendung kurzfristiger Gelder für langfristige Zwecke war natürlich falsch. Aber so war es in der ganzen Welt nach dem Kriege üblich, weil langfristige Kredite nicht zu haben waren. Wenn heute die Herren im Ausland glauben, berechtigt zu sein, diesbezüglich Österreich besonders kritisieren zu können, so muß man ihnen sagen, daß sie ganz gut gewußt haben, daß diese Gelder nicht für kurzfristige Zwecke verwendet werden, sondern für Bauten und Investitionen. Es steht ihnen daher schlecht an, über uns zu urteilen, als hätten wir Fehler begangen, die ihnen fremd sind.

Die Frage der Credit-Anstalt ist in diesem Hause in einem Maße breitgetreten worden, daß ich heute schon nicht mehr weiß, ob die Verfehlungen und Nachlässigkeiten in der Credit-Anstalt oder aber die öffentliche Diskussion darüber mehr Schaden verursacht hat — ich neige mich fast schon der letzten Auffassung zu. (*Zustimmung rechts.*) Ich kann dies tun, weil ich beweisen kann, daß ich drei Tage nach meiner Demission im Jahre 1929 vor der Transaktion mit der Boden-Credit-Anstalt gewarnt habe; ich kann dies tun, weil ich in keinem Augenblick meine Meinung verschwiegen habe, daß die Leitung der Credit-Anstalt vor dem Zusammenbruch keine ordnungsmäßige war, sondern eine nachlässige und fehlerhafte. (*Hört!-Hört!-Rufe links und Zwischenrufe.*) Das habe ich immer gesagt, dazu habe ich Sie nicht gebraucht. Das habe ich im Hauptausschuß und auch an anderen Stellen gesagt. Ich sage das überall, wo es am Platz ist, und ich sage es auch Ihnen, weil Sie immer von der Meinung ausgehen, daß wir alles verdecken, was schlecht war. Daher muß ich Ihnen beweisen, daß dem nicht so ist. (*Zwischenrufe links*), daß nicht wir gestohlen haben, sondern die anderen. (*Lebhafter Beifall rechts. — Binder: Eine mannhafte Rede! — Lärmende Gegenrufe links. — Hölzl: Den Rinteln haben Sie reden lassen! — Anhaltende Zwischenrufe.*) Wenn Sie vielleicht die Geneigtheit haben — ich stehe auf keinen Applaus an! Wir haben noch lange nicht so gut gelernt wie Sie, hier aufzupassen, wenn in gewissen Minuten und Stunden für einen Redner prononcierter Applaus hervorgerufen werden muß. (*Ruf links: Beim Rinteln haben Sie applaudiert!*) Ich habe applaudiert, wo ich wollte, ich habe damals nicht applaudiert.

Präsident Dr. Renner (welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte um Ruhe!

Streeruwitz: Mich werden Sie nicht irremachen, meine Herren! Ich habe dasselbe gesagt, immer und stets. Von dem Augenblick an, wo ich im Bankenausschuß war, bis zum heutigen Tage habe ich immer den

Finger dort angelegt, wo Fehler zu beurteilen waren. Das werden Sie mit Geschrei und Lärm nicht wegbringen! (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Ich möchte noch eines beifügen und so weit gehen, zu sagen, daß im Mai des Jahres 1931 sich tatsächlich Irreführung und Irrtum begegnet haben und daß nach meiner Auffassung die Durchführung der Credit-Anstalts-Angelegenheit in anderer Weise zweckdienlicher zu machen gewesen wäre. Aber ich bin nicht so hochmütig, zu behaupten, daß ich es, wenn es in diesen Tagen der Not an mir gelegen gewesen wäre, unter der Wucht der Ereignisse und der Gefahren, die hereingebrochen sind, besser gemacht hätte. Das sagen immer nur diejenigen, bei denen die Kritik Hauptsache, die Wahrheit hingegen Nebensache ist. (*Lebhafter Zustimmung rechts.*)

Noch ein Wort über die Währungsfrage. Durch das Auffangen des Stoßes auf das österreichische Geldwesen ist zweifelsohne die Notenbank in eine ganz schwierige Lage gekommen. Es ist hier von der Devisenbewirtschaftung gesprochen worden. Wer an der Stelle arbeitet, an der ich einen großen Teil des Tages zubringe, weiß, daß durch die zwangsweise Devisenbewirtschaftung der Kaufmann, vom großen bis zum kleinsten, oft in eine ganz schwierige Situation gerät und sich nicht mehr helfen kann. Aber wodurch ist dieser Fehler geschehen? Dadurch, daß man viel zu spät daran gegangen ist, eine gewisse Überwachung der Devisen einzuführen. Die Folge davon war, daß ein Großteil der Devisen schon weg gewesen ist, als die Devisenbewirtschaftung eingeführt wurde. (*Zustimmung links.*)

Nun muß man aber die heutige Lage von der unter-scheiden, die vor einem Jahre bestand. Es hat im vorigen Jahre sehr viele gegeben — auch in der Wirtschaft —, die unter dem Schlagwort der absoluten Richtigstellung der Währung der Meinung gewesen sind, man solle es England nachmachen. Ich weiß nicht, ob sich England mit der Absenkung des Pfunds für alle Zeiten einen Vorteil geschaffen hat. Daß aber die Nachahmung Englands durch Österreich geradezu eine Vächerlichkeit gewesen wäre, ist nicht schwer zu erweisen. (*Zustimmung rechts.*) Auch diejenigen, die der Devisenbewirtschaftung mit dem größten Skeptizismus gegenüberstehen, sagen: Wenn wir heute an die Ordnung dieser Frage heransschreiten können, so ist es deshalb möglich, weil das Volk, das im Vorjahre noch von der Angst vor der Inflation besangen war, gelernt hat, daß es eine Währungsänderung auch ohne Inflation gibt. Und das ist, wie man offen sagen muß, das Verdienst eines Mannes, der nicht sehr beliebt ist, aber über den die Kritik sich doch nie recht hermacht; das ist der gegenwärtige Präsident der Nationalbank, der es verstanden hat, rascher und besser die Fesseln zu lösen, weil er in dieser Frage Ordnung gehalten und nicht voreilige Schritte unternommen hat. (*Lebhafter Zustimmung rechts.*) Ihm gebührt der Dank, nicht nur von uns, sondern auch von Ihnen, weil auf diese Art die Wirtschaft früher in Ordnung kommt und Ihre Schutzbefohlenen, beziehungsweise diejenigen,

die Sie als Schutzbefohlene in Anspruch nehmen, dadurch besser durch die Krise durchkommen werden, als wenn ein anderer Mann dort gegessen wäre.

Wenn man sieht, mit welcher Hilfslosigkeit das Ausland in Währungsfragen vorgeht, so möchte man fast sagen, daß manche Herrschaften draußen sich wohl ein Beispiel daran nehmen könnten, wie das in Österreich gemacht worden ist. Da liest man in einer Zeitung — ich werde diesmal, Herr Kollege Piz, den Namen nicht nennen, weil ich niemanden bloßstellen will — folgende Notiz (*liest*): „In wenigen Wochen soll sich das Schicksal der Weltwirtschaft entscheiden. Die Vertreter aller Nationen werden darüber beraten, ob der Wirtschaftsorganismus der Erde in seiner gegenwärtigen Form lebensfähig ist oder nicht. Sie werden in der Lage sein, ihre Vorschläge zu unterbreiten, um die Stagnation des Handelsverkehrs aufzuheben, die Kaufkraft der einzelnen Länder zu stärken und die Basis für eine Renaissance der normalen Verhältnisse zu bilden. Ein Erfolg dieser Beratungen wird aber nur dann möglich sein, wenn jedes Land ehrlich bestrebt ist, seinen Teil zum allgemeinen Aufbau beizutragen.“

Ich würde es nicht wagen, einen solchen Ausspruch zu tun, und würde es nicht wagen, ihn niederzuschreiben; ich würde sogar meinen unmündigen Sohn zur Verantwortung ziehen, wenn er in einer Schulaufgabe eine derart kindische Äußerung von sich geben würde.

Oder: heute morgens stand in einer Zeitung (*liest*): „Bericht aus Washington: Die Lage noch immer unbestimmt. Die Erklärung Macdonalds im Unterhaus ist hier von den Funktionären, welche die Schuldendebatte vorbereiten, mit Interesse und Befriedigung aufgenommen worden. Nichtsdestoweniger überwiegt die Ansicht, daß die Tatsache, daß Macdonald nicht Konzessionen angegeben hat, die Großbritannien zu machen bereit sei, die Lage noch immer ziemlich unbestimmt erscheinen lasse.“

Ich glaube, derartige pythische Äußerungen sollte man uns doch nicht zumuten — im zwölften Jahre der Krise!

Über Lausanne möchte ich hier wahrhaftig nicht viel sprechen, obwohl ich mich diesbezüglich gar nicht fürchte. Ich bin in der Lage, nicht nur mein Deutschtum von Geburt aus, sondern auch meine deutsche Gesinnung in einer solchen Weise zu erhärten, daß ich solchen Debatten gar nicht ausweichen muß. Ich bin aber der Auffassung, daß in einer Zeit, in der die wichtigsten Bestimmungen der Friedensverträge von Versailles und Saint-Germain angefochten werden, es wahrhaftig nicht von großer Bedeutung ist, darüber nachzudenken, ob im Jahre 1942 die Lösung, betreffend Lausanne, in dieser oder jener Weise erfolgen wird. Ich überlasse das ruhig der Zukunft, ohne mich in meinem guten deutschen Empfinden dadurch irgendwie bedrückt zu fühlen.

Nun möchte ich von dieser Stelle aus noch ein paar Worte an das Ausland richten. Es ist vielleicht doch

einmal gut, wenn wir nicht unausgesetzt nur untereinander und gegenseitig Geschosse wechseln, sondern wenn wir auch dem Auslande einiges darüber sagen, was die Wahrheit ist. Österreich hat Anspruch darauf, als alter Hauptkulturträger nach dem europäischen Osten vollwertig genommen und nicht bei jeder Gelegenheit in ausländischen Zeitungen als minderwertig angesehen zu werden. (*Lebhafte Zustimmung rechts.*) Heimatgefühl, Volkstreue und Bürgerstolz zwingen uns dazu, dagegen Einspruch zu erheben.

Über den Wahnsinn der Friedensverträge und über die Behandlung Österreichs in denselben auch nur ein Wort zu verlieren ist heute nicht mehr notwendig. Diesbezüglich gibt es drei Auffassungen: die der Schuldigen an dieser unglückseligen, nicht uns, sondern den Kontinent in Gefahr und Elend stützenden Lösung; die der getäuschten Völker, die geglaubt haben, daß sie in einen neuen Himmel erhoben werden und die es zwar noch nicht eingestehen dürfen, die es aber wohl wissen, daß es ihnen heute schlechter geht als vorher und von denen mancher Staatsangehörige der Meinung Ausdruck geben würde, er möchte zurück zu dem, was war, wenn er es auch nach außen nicht sagt, und dann wir, die Bedrückten und Geschädigten. Und da möchte ich trotz des mir anhaftenden Pessimismus ein Wort aussprechen: gerade bei uns verwandelt sich die Unterdrückung nach und nach aus dem Prinzip einer gesunden Reaktion in neue Kraft, und es wird auf die Dauer nicht möglich sein, das mit uns zu machen, was bisher der Fall gewesen ist. Wir sehen heute das große Ereignis, daß die Reparationen im Deutschen Reiche, an deren Bestand auf Jahrzehnte zu zweifeln noch vor drei Jahren niemand gewagt hat, nicht mehr bestehen. Wir sehen, daß das Wort von der Gleichberechtigung der Völker wieder da ist. Ich möchte dazu nur sagen: Nun, gut! friedlich sein! aber nicht so friedlich, daß diejenigen, die uns durch Jahr und Tag auf der Brust knien, für alle Zeiten darauf knien bleiben dürfen.

Nun machen es aber nicht die großen Dinge allein. Es gibt eine Art der wohlwollenden Sympathie, des Abtätchelns, des Hinweisens auf unsere kulturellen Vorzüge, die wir haben und die vielleicht manches vergessen lassen, was man bei uns vermisst. Man spricht bei uns immer vom Wiener Walzer und vom Heurigen, als wenn es bei uns gar keine Not geben würde. Nun, ich weiß nicht, ob Wiener Walzer und Heuriger etwas Schlechteres sind als Jazz und amerikanische Prohibition. (*Heiterkeit und Sehr gut! rechts.*) Man sagt von uns, daß wir kein entsprechendes Nationalgefühl haben. Es ist wohl immer so gewesen, daß ein Staat, der aus seiner geschichtlichen Einheit heraus gebrochen worden ist, ein Anzahl von Jahren, vielleicht Jahrzehnte braucht, um sein Nationalbewußtsein wieder aufzurichten. Aber das werden wir bekommen und haben wie die anderen. Nur müssen diejenigen, die es bei uns vermissen, einsehen, daß sie uns die entsprechende

Freiheit geben müssen, das zu betätigen, was wir fühlen.

In einer großen englischen Zeitung war vor einigen Tagen zu lesen, daß die Straßen Wiens von Bettlern und Straßenmusikanten durchzogen werden. Ich will nicht behaupten, daß der Straßenbettel in Wien eine erfreuliche Erscheinung ist, und von der Musik, die geboten wird, ist dies noch weniger zu sagen. Aber es ist doch bei uns nicht so, daß auf die städtische Bevölkerung, daß am helllichten Tage von Gangstern auf Passanten mit Maschinengewehren geschossen wird, wie das in Amerika der Fall ist. Man soll uns in Ruhe lassen mit kleinlicher Kritik. Es ist ja wirklich so, daß diejenigen, die in dieser Richtung aburteilen, lieber den Balken aus ihrem eigenen Auge nehmen sollten als den Span aus dem unsrigen.

Und nun möchte ich endlich zum Schlusse kommen und etwas zum Ausdruck bringen, was ich Sie bitte, nicht als einen politischen Appell aufzufassen oder als ein verstecktes Angebot, zu dem ich weder berufen noch auch willens bin. Zwischen der Rechten und der Linken dieses Hauses geht ein breiter Strom, über den keine Brücke führt. Wir sind Anhänger des Gewesenen, der Tradition. Wir sind der Meinung, daß ein Baum, wenn man ihn noch so hoch hebt, sterben muß, wenn man ihn von der Wurzel loslöst. Wir erhoffen uns eine Besserung von unserem Herrgott. *(Beifall rechts.)* Bei Ihnen liegt das anders. Sie gehen nur auf das Neue, Sie glauben — und mögen Sie das auslegen, wie Sie wollen —, das zukünftige Leben nur mit Realitäten lösen zu können. Da gibt es keine Brücke. Aber vielleicht ist es doch möglich, daß in dem Dunkel unserer Not über diesen brausenden Strom, der die Dämme zu zerreißen droht, ein Ruf des Verständnisses herüberklingen kann, daß wir aufhören sollen mit dem Kampf um jeden Preis, mit dem Kampf bis aufs Messer, unter dem die Wirtschaft zugrunde geht. Und da möchte ich Ihnen sagen: Denken Sie sich einmal diese Mauern weg, in den Boden gesunken, und schauen Sie heraus. Da sehen wir hinter uns eine Million Gräber, die die Feindschaft unter den Völkern erzeugt hat, Sie sehen hier Hunderttausende von Müttern

und Kindern, die kaum das Notwendigste haben, um zu leben, Sie sehen hier Hunderttausende von Menschen, die noch gerne arbeiten möchten, wenn sie könnten, aber nicht mehr aus und ein wissen. Und Sie sehen auf der anderen Seite hier Hunderttausende von jungen Leuten, die keine Ahnung haben, was ihnen die Zukunft bringt, die überhaupt keinen Schlüssel mehr für die Zukunft haben und die auf uns warten und warten, aber nicht mehr lange warten wollen, weil sie sehen, daß es keinen Ausweg gibt. Und da muß man es schon verstehen, daß die Menschen draußen — nicht nur auf Ihrer, sondern auch auf unserer Seite — den Parlamentarismus und uns nicht mehr dulden wollen. Wir haben, hohes Haus, in diesen zwölf Jahren — ich will die Schuld heute nicht abwägen — zuviel vertan und zuviel verpaßt, und es ist nun so weit. Aber jetzt müssen wir endlich, in der letzten Minute, zur Sachlichkeit kommen, sonst werden uns diejenigen, die uns schon lange nicht mehr segnen, zum Schlusse noch an dieser Stelle verfluchen. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

Über Antrag Sever wird beschloffen, die Regierungsvorlage B. 487 in einer der nächsten Sitzungen der ersten Lesung zu unterziehen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 15. Februar, 11 Uhr vorm. Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Generaldebatte über den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (B. 439), betr. das Bundesfinanzgesetz und den Bundesvoranschlag für das Jahr 1933 (B. 471).

Nach Abschluß der Generaldebatte:

2. Erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 487): Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 13. Dezember 1932, betr. das Heeresgebührengesetz.

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 55 Min. nachm.